

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 Mk., monatlich 1.50 Mk.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 Mk. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
 2.- Mk. für das übrige Ausland
 4.50 Mk. monatlich. Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 Mk.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Viremburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragene in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Redegebaltene Roten-Zeitung
 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Pf. (täglich
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und
 Schlußstellenanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%.
 Familien-Anzeigen, politische und
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 62 58, Lindenstraße 2, abgeben
 werden. Bestellen bis 4 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 28. Mai 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Damenweg in ganzer Breite erstürmt.

Krim und Kaukasus.

Stockholm, 25. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur aus Moskau hat das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten dem Minister des Auswärtigen in Estis durch Funkpruch seine Befriedigung darüber ausgesprochen, durch den deutschen Votschafter Grafen Mirbach gehört zu haben, daß die transkaukasische Regierung in Tifliss durch ihren Vertreter Matfchabeli über die

Trennung Transkaukasiens von Rußland

und seine Selbständigkeit zu verhandeln wünsche, und schlägt, ohne damit die Unabhängigkeit Transkaukasiens schon anerkennen zu wollen, die von der Mehrheit der transkaukasischen Bevölkerung nicht gewünscht werde, als Ort der Verhandlungen die Stadt Stadikawlas vor, da Kiew nicht günstig gelegen sei; sie teilt den Wunsch der deutschen Regierung, daß die Verhandlungen möglichst bald aufgenommen und zu Ende geführt werden möchten.

Zugleich hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 23. Mai dem deutschen Votschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, aus deren Wortlaut sich folgender Verlauf der Dinge ergibt: Am 19. Mai hatte das Volkskommissariat das Angebot des Grafen Mirbach angenommen, Beziehungen zwischen der russischen Regierung und der „angeblichen“ transkaukasischen Regierung zu vermitteln. Am 14. Mai hatte der deutsche Votschafter vorgeschlagen, die russische Regierung möchte ihm ihre Wünsche in dieser Beziehung schriftlich mitteilen, und diese hatte geantwortet, daß ihrer Meinung nach ein Bevollmächtigter Rußlands an den Verhandlungen in Datum zwischen Deutschland und der Türkei einerseits und Transkaukasien andererseits teilnehmen müßte, da Rußland anderenfalls einen dort zustande kommenden Vertrag nicht würde anerkennen können. Am 22. Mai hat der deutsche Votschafter dem Volkskommissariat mitgeteilt, daß die transkaukasische Regierung den Bürger Matfchabeli zu ihrem Vertreter bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Transkaukasiens ernannt habe. Der Votschafter hat zugleich Kiew als Ort der Verhandlungen vorgeschlagen und eine schnelle Einigung empfohlen. Diesen Vorschlag nimmt die russische Regierung an.

Die tatarische Republik in der Krim

Betrifft folgende Meldung des Berliner Ukrainischen Pressebureaus aus Kiew: Die Tatarenregierung in der Krim soll auf einer Koalitionsgrundlage unter Teilnahme bestimmter Nationalitäten organisiert werden. Das tatarische Parlament erklärt sich zum Landesparlament und trifft Maßnahmen, um durch Vertreter anderer Nationalitäten auf Grundlage gleichmäßiger Wahlten ergänzt zu werden. Das Haupt der Regierung wird durch ein Parlament gewählt, das durch den Ministerpräsidenten zusammengesetzte Kabinett erhält die Bestätigung des Parlaments durch Vertrauensvotum. Bis zur Bildung eines allgemeinen Parlaments ist die Regierung vor dem Tatarenparlament verantwortlich. Die offiziellen Sprachen der neugebildeten Regierung sind russisch und tatarisch. Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und 5 Ministern.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen wurde im ukrainischen Ministerium die Frage der Beziehungen zwischen

Ukraine und Weißrußland

besprochen. Die ukrainische Regierung wird das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker unterstützen und daher der Bildung eines ethnographischen lebensfähigen weißrussischen Reiches entgegenkommen. Da aber eine weißrussische Regierung noch nicht konstituiert und ein weißrussischer Staat erst in Entstehung begriffen ist, so kann er bei Friedensverhandlungen mit Rußland nur schwer offiziell berücksichtigt werden. Jedoch wird die ukrainische Regierung die Lebensinteressen Weißrußlands bei den Friedensverhandlungen berücksichtigen.

Entweder-Oder im Fernen Osten.

„Für den Augenblick kein Eingreifen.“

London, 26. Mai. (Reuter.) Die Blätter melden aus Washington: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten haben sich über eine Politik des Nichteingreifens in Rußland geeinigt. Gleichzeitig bieten sie Rußland Aufzuehren und jede mögliche Hilfe an. Für den Augenblick wird also kein Eingreifen stattfinden. England und die Vereinigten Staaten haben der japanischen Regierung mitgeteilt, daß ihr neuer Kurs nicht von einem Verdacht gegen Japan eingeeben sei, sondern daß es sich dabei nur um eine politische Frage handle.

Diese „Politik des Nichteingreifens“ soll also, wie ausdrücklich erklärt wird, nur vorübergehende Bedeutung haben.

Feindliche Artillerietätigkeit im Kesselgebiet — Truppentransporter im Mittelmeer und bei den Azoren versenkt.

Berlin, 27. Mai 1918, abends. Amtlich.

Zu den Kampfabschnitten in Flandern und an der Ys, auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme und an der Acre haben sich die Artilleriekämpfe verschärft.

Südlich von Laon ist seit heute früh die Schlacht um den Chemin des Dames im Gange. Die Truppen des deutschen Kronprinzgen haben den Bergrücken in seiner ganzen Ausdehnung erstürmt und stehen im Kampf an der Aisne.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Mai 1918. (W. I. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Metzern wurden bei erfolgreicher Unternehmung Engländer gefangen.

Die Artillerietätigkeit lebte an den Kampfzonen erst in den Nachmittagsstunden auf. Die feindliche Artillerie war vor allem im Kesselgebiet, auf dem Nordufer der Ys, zwischen Arras und Albert und auf dem Westufer der Acre tätig. Die Erkundungstätigkeit blieb reger.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Berlin, 26. Mai. Neue Unterseebooterfolge im Sperrgebiet um Italien: 5 Dampfer von zusammen 27000 Br.-Reg.-Tonnen.

Hieron versenkte das von Kapitänleutnant Heinrich XXXVII. Prinz Neuf befehligte U-Boot drei wertvolle große Dampfer von zusammen rund 19000 Br.-Reg.-To., unter ihnen den französischen Truppentransporter Sankt Anna (3350 Br.-Reg.-To.).

Im Anschluß an die am 8. d. Mts. veröffentlichten Erfolge eines U-Kreuzers im Sperrgebiet um die Azoren ist nachträglich festzustellen, daß ein von ihm aus großem geschertem Geleitzug auf dem Wege Gibraltar-England durch Torpedos versenkter Dampfer, der auf etwa 4500 Br.-Reg.-To. geschätzt wurde, inzwischen als der englische Truppentransportdampfer Nirpura von 7640 Br.-Reg.-To. mit einer englischen Kavallerieabteilung an Bord, ermittelt worden ist.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:

Im Anschluß an die Erkundungsuntersuchungen des 25. Mai griffen die Italiener gestern mit mehreren Alpinbataillonen, unterstützt durch schweres Artillerie- und Minenfeuer, unsere Stellungen südlich des Tonalepasse an. Ein kleiner Teil unserer Linien wurde etwas zurückgedrückt; sodann wurde das weitere Vordringen des Gegners verhindert.

Der Chef des Generalstabes.

In Anknüpfung an kürzlich verlautendes ist die Vermutung gerechtfertigt, daß die Alliierten der Sowjetregierung eine letzte Frist gönnen wollen, sich ihren Wünschen anzukleifen, was die Bereitschaft der Sowjetregierung bedeuten würde, freiwillig mit dem Strick um den Hals ihre Herrschaft zu liquidieren.

Beachtenswert ist, daß die Washingtoner Regierung von einer Einigung der Alliierten spricht und gleichzeitig durch die beruhigende Mitteilung an Japan den Schluß aufdrängt, daß von einer absoluten Einigkeit eben nicht die Rede sein kann. Der Abschluß des japanisch-chinesischen Militärvertrages vom 16. Mai war gewissermaßen eine letzte vorbereitende Maßnahme für den Angriff Japans in großem Stille. Wie die Vereinigten Staaten diesen Vertrag nicht hindern konnten, so werden sie auch den Angriff Japans auf Ostsibirien nicht ernsthaft aufhalten können.

Bei dem „neuen Kurs“, der die europäische Entente abgefordert von Japan an Amerikas Seite sieht, handelt es sich kaum um mehr als den Versuch, Japans imperialistischer Entschlossenheit noch in größter Stunde ein paar Minuten abzugewinnen. Und dieser Versuch ist geglückt. Aber nur „für den Augenblick“.

Daß die weitere Entwicklung der ostasiatischen Frage eine schwere Krise des Weltkriegs, die schwerste vielleicht, aus der Schale sprengen kann, ist eine längst vorhandene Annahme.

Rußland wünscht neue Verhandlungen!

Moskau, 25. Mai. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai dem deutschen Votschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, in welcher es Moskau als Sitz eines Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ergebender Punkte und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt:

- Erstens: die Lage im Kaukasus, zweitens: die Lage in der Krim, drittens: die im Artikel drei des Friedensvertrages vorbehaltene Grenzführung und die Fragen des zeitweiligen Befetzungsrechts Deutschlands, viertens: die politische Lage Estlands und Livlands, fünftens: Kriegsgefangenenfragen, sechstens: Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Zwischen einem Krieg, der nicht sterben, und einem Frieden, der nicht leben kann, verbringt das deutsche Volk unsfrohe Tage. Der Reichstanzler hat im Mai die Hoffnung ausgesprochen, daß der Krieg noch in diesem Jahre zu Ende gehen werde, und hat sich deshalb selber einen Optimisten genannt: Optimist ist also heute schon, wer hofft, daß das Völkergemein nur noch sieben Monate dauern wird. Herr v. Rühlmann aber hat dieser Hoffnung gleich wieder einen Dämpfer aufgesetzt, indem er in seinem Vortrag über den Frieden von Bukarest die Möglichkeit in Erwägung zog, daß der Krieg auch noch im nächsten Jahre fort dauern könnte.

Mit Jubel hatte das deutsche Volk im Februar die Nachricht begrüßt, daß im Osten Frieden geschlossen werden sollte. Was ist aus dieser Freude geworden? Der „Protfriede“ mit der Ukraine wurde durch eine neue Kürzung der Prot-ratton befristet. Denen, die als Sieger — nicht aus Rußland heimkehrten, sondern entweder dorthinblieben oder durch Deutschland in einen neuen Krieg zogen, wurde die Kunde, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen abgelehnt sei. Daß Deutschland in den Kampf gegen den Zarismus gezogen war, hatte man als Vorpiel zur Befreiung Europas begrüßt. Heute regiert in der Ukraine Storopadski, in Preußen noch immer Heydebrand, während man für andere „befreite“ Staaten nach neuen Kronenträgern Umschau hält.

Dieser Frieden, der keiner ist, hat auch im Innern Unfrieden gebracht. Man kämpft für und gegen politische Unionen. Die Vorgänge in der Ukraine haben im Hauptanschlag des Reichstags zu einer Art Vor-trie geführt, die nur durch die Mißtraitsdrohung der leitenden Männer bis auf weiteres beschwichtigt wurde. Ueber die Zukunft Estlands und Livlands tobt in der Presse der heftigste Streit.

In dieser Situation hat die russische Regierung der deutschen den Vorschlag gemacht, zur Klärung wichtiger, im Friedensvertrag von Brest-Litowsk offengebliebener Fragen zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Als Verhandlungsort schlägt sie Moskau vor, wahrscheinlich um zu zeigen, daß sie sich in dieser alten und wieder neuen Hauptstadt Groß-Rußlands zu Hause und sicher fühlt. Die sechs Punkte die sie als Verhandlungsgegenstand vorschlägt, sind so gewählt, daß man von keinem sagen kann, daß er weiterer Klärung nicht bedürftig wäre, es sind ebenjodel offene Wunden wie offene Fragen, ohne deren Lösung und Heilung der franke Frieden des Ostens nicht gesund werden kann. Die deutsche Regierung sollte die ihr gebotene Gelegenheit mit Freuden ergreifen und sie zu dem Versuch ausnützen, im Osten wirklich Frieden zu machen.

Bei diesem Versuch wird man sich darüber nicht täuschen dürfen, daß die Konferenzladung der russischen Regierung ebenso wie die gestern von uns wiedergegebene Äußerung des Votschafters Joffe zur baltischen Frage Äußerung eines wieder erwachenden Selbstbewußtseins ist. Wir sehen, um dies gleich zu sagen, keine Gefahr und keinen Schaden darin, daß die bolschewistische Regierung Rußlands sich anschickt, die Zukunft des ihr anvertrauten Landes in realpolitischen Sinne sicherzustellen. Denn der Gedanke, Rußland so zu schwächen, daß es für alle Zeit aufhört eine Gefahr zu sein, ist eine Utopie, realpolitisch nur der Gedanke, ein lebensfähiges Rußland neben ein lebensfähiges Deutschland zu stellen und beide zu gemeinsamer Arbeit zu verbinden.

Das Wiedererwachen des russischen Selbstbewußtseins hat aber, das möge man nicht verkennen, seine sehr ernsten Gründe. Vor zwei Monaten noch war Rußland ein kriegsführender Staat, der am Ende seiner Kraft angelangt war, heute ist es ein neutraler Staat, und es beginnt langsam

den Vorteil der Neutralität zu genießen, der darin besteht, daß sich beide Kriegführenden Lager um die Sympathie des nichtbeteiligten Dritten bewerben. Wir aber tragen gegenüber dem neutralen Rußland den Nachteil jedes Kriegführenden Staates, daß wir nämlich keine Freundschaft ebenso lebhaft begehren, wie wir bestrebt sein müssen, sein Abschwächen in das Lager der Gegner zu verhindern.

Das Verhältnis der Kriegführenden zu den Neutralen in diesem Kriege ist sehr eigenartig. Es idronkt zwischen feierlicher Schmeichelei, zu der sich schon mancher Großstaat vor dem Kleinsten hat erniedern müssen, und verzweifelter Brutalität. Wie das Königsglied beginnt es mit lockenden Versprechungen, die gelegentlich in die Drohung umschlagen: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt!“

Mit dem einst kriegerischen, jetzt neutralen Rußland steht es aber so, daß wir die Mittel der Gewalt ihm gegenüber schon erschöpft haben. Der Gedanke, daß der Kriegszustand mit Rußland wieder aufleben könnte, ist für das ganze deutsche Volk — vielleicht von ein paar Perverten um Ruden von Strang abgesehen — eine fechtliche Unmöglichkeit, der Wunsch, wenigstens mit einem Teil der Weltkriegsgegner in ein dauerndes tragfähiges Friedensverhältnis zu gelangen, entspringt einem brennenden Bedürfnis.

Inzwischen hängt aber Rußland wieder an eine Hoffnung der Entente zu werden. Vergessen sind die Bannflüche gegen die Regierung des Umsturzes und des Staatsbankrotts, keine Rede ist mehr von militärischen Interventionen. Daran wird zurückgegriffen, den Russen wird bedingungslos Hilfe und Zusage versprochen.

Es ist Aug von den Gegnern, daß sie in Rußland eine nur im Augenblick geklammerte, aber immer noch vorhandene Kraft erblicken, es wäre sehr unklug, wenn wir in Rußland weiter nichts sehen wollten als ein Häuflein sich immer weiter auflösender Ohnmacht. Gute Nachrichten, die wir alle willkommen heißen, dürfen die deutsche Politik nicht zu Uebermut verleiten, schon zu oft hat man sich über die politische Tragweite solcher Nachrichten getäuscht, zu sehr hat man sich von Augenblicksbildern und Stimmungen beeinflussen lassen. Rechten Endes wird doch der gewinnen, der am weitesten sieht. Politische Weitsicht verlangt von uns, daß wir Rußland, unter welcher Regierung und in welchem Zustand es sich augenblicklich immer befinden mag, als einen dauernden Faktor der europäischen Politik betrachten, den in Frieden, wenn schon nicht in Freundschaft zu erhalten, unser eigenes Interesse gebietet. Den Frieden, den wir im Osten wollen, haben wir noch nicht, wenn sich ein Weg bietet, ihn zu erlangen, soll man nicht zögern, ihn zu beschreiten!

In den Abendausgaben der Berliner reaktionären Presse wird der Versuch gemacht, den Vorschlag der russischen Regierung so auszudeuten, als sei es sein Zweck, den Brest-Litowsker Frieden umzuwerfen. Damit beweist diese Presse von neuem, daß den reaktionär-annexionistischen Kreisen jedes Mittel zur Erreichung ihrer besonderen Ziele gut genug ist. Denn in Wirklichkeit bedeutet der neue Vorschlag Rußlands nichts anderes, als daß die bolschewistische Regierung ernstlich bestrebt ist, die von der deutschen Ostpolitik aufgehäuften und die Verwirklichung des Friedensvertrags ungemein erschwerenden Fragen im Verhandlungswege aus der Welt zu schaffen. Keine der Fragen, die die Note aufzählt, wurde von ihr willkürlich aufgegriffen.

Die Punkte 1 und 2 betreffen die Lage im Kaukasus und in der Krim. Rußland hat die Bestimmung des Friedensvertrags wegen Räumung der besetzten türkischen Gebiete und des eigenen Territoriums einschließlich der Stadt Batum ausgeführt, doch haben die einheimischen Volksstämme sich inzwischen für unabhängig erklärt und dem Einmarsch der Türken militärischen Widerstand geleistet. Die Türken setzten den Feldzug fort, weshalb sich im weiteren Verlaufe die Notwendigkeit der Friedensverhandlungen mit der kaukasischen Republik ergab, an denen außer den nächstbeteiligten auch deutsche Vertreter teilnehmen. Die Bolschewiki beanspruchen auch ihrerseits zu den Verhandlungen hinzugezogen zu werden, und niemand wird behaupten können, daß diese Forderung etwas mit ihrer Stellungnahme zum Brest-Litowsker Frieden zu tun hat. Aber auch die Krimfrage ist nur dadurch entstanden, daß die Deutschen in die Halbinsel eingedrungen waren, nachdem der Brest-Litowsker Frieden abgeschlossen war. Auf die Krim aber hatten selbst die extremsten ukrainischen Nationalisten niemals Anspruch erhoben!

Bezüglich des dritten Punktes der bolschewistischen Note sei hier aus dem Artikel 3 des Brest-Litowsker Vertrages der folgende Satz zitiert: „Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.“ Es handelt sich mithin bei diesem Punkt um bloße Durchführung einer Vertragsbestimmung, und es ist nur erstaunlich, daß die deutsche Regierung aus eigener Initiative, trotzdem zwei volle Monate uns von der Ratifikation bereits trennen, nichts unternommen hat, um Endgültiges zu schaffen. Allerdings etwas ist mittlerweile doch geschehen, man hat sehr eifrig die Kostrennung Estlands und Livlands betrieben, und sogar der „Berliner Lokalanzeiger“ muß gestehen, daß diese Frage „durch die Uebermittlung der Unabhängigkeitserklärung der beiden Provinzen von seiten des kaiserlichen Antes an die russische Regierung von hier aus zur Diskussion gestellt wurde“.

Der Punkt 5 betr. Kriegsgefangenenfragen und der Punkt 6 betr. die wirtschaftlichen Fragen sind ebenfalls von dem mit Rußland abgeschlossenen Zusatzvertrag zum Friedensvertrag nicht nur vorgegeben, sondern drängen darauf, in irgendeiner Weise einer Lösung entgegengeführt zu werden. Aufgabe der deutschen Presse wäre es, für diese Lösung, da der Friede nun einmal geschlossen, zu wirken und nicht ihr konsequent entgegenzuarbeiten. Doch was kümmert es diese loslosen Kreise, wenn dem deutschen Volke durch ihre macholige Politik immer neue und neue Komplikationen erwachsen!

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

Die Regelung der Landwirtschaft in der Ukraine.

Kiew, 26. Mai. Der Ministerrat genehmigte den Entwurf des Landwirtschaftsministeriums betreffend die Realisierung der diesjährigen Ernte, die sogenannten Ausführungsbestimmungen zum Ertragsgesetz. Die Zeitungen veröffentlichen heute den Entwurf eines provisorischen Gesetzes über die Regelung des Landverkaufs innerhalb des ukrainischen Staatsgebiets. Es ist vorgesehen, daß die staatliche Landbank auf Land und Forsten und escher Antil erwerben darf. Einzelpersonen aber nicht mehr als 25 Dehjatinen; Landwirte und Genossenschaften

dürfen größere Flächen erwerben unter der Bedingung, daß der Anteil des einzelnen 25 Dehjatinen nicht übersteigt und daß diese Einzelgrundstücke vor der Registereintragung bereits vermessen sind. Ueberhöchste gelantes Land verfällt kostenfrei dem Staat. Die Kontrolle und Durchführung obliegt den neuen Landkommissionen.

Bei den

ukrainisch-russischen Verhandlungen

wurde in der gestrigen Abend Sitzung die Erörterung der Woffenstillstandsbedingungen nicht beendet. Kolowski erhob Einspruch gegen die vorgeschlagene Demarkationslinie, die den augenblicklichen militärischen Stellungen nicht entspricht und angeblich Zugrunde von neuen Landkreisen erfasse. In der Debatte warf Kolowski die Frage auf, welche Rolle die deutschen Truppen spielten. Der ukrainische Vorsitzende Esheluchin lebte die Verantwortung ab, da er nicht bevollmächtigt sei, für die deutsche Kommandogewalt zu sprechen. Deutschland sei Verbündeter der Ukraine.

Gerichtswelle verlautet, Baron Steinheil, Mitglied der ersten Duma für Kiew, sei zum ukrainischen Gesandten in Berlin ernannt.

Die neue Delegation der Donregierung ist in Kiew eingetroffen, weswegen die von der Donbevölkerung gewählte bisherige Delegation abreisen wird. „Kiewskaja Wpsta“ unterstreicht hierbei, daß die abreisende Delegation gegen die Einmischung einer auswärtigen Macht in die Donangelegenheiten war. Nach einem Koftower Telegramm in der „Koboltschaja Schin“ ist das Donministerium gebildet: Ministerpräsident ist Generalmajor Bogajewski.

Gerichtswelle verlautet, daß Trojki und der Kommissar für Nationalitätenfragen Stalin demnächst in Kiew eintreffen werden.

Der zum Verweser des ukrainischen Ministeriums des Inneren ernannte Dymiro Doroschenko schied aus der ukrainischen Sozialföderalsteppartei aus, weil der Parteifongreh verbot, in das gegenwärtige Kabinett einzutreten.

Die Gegenrevolution des russischen Südostbundes.

Kiew, 25. Mai. Die Zeitungen veröffentlichen eine Note der Don-Regierung an die ukrainische Regierung. Die Don-Regierung als bedeutendster Bestandteil des neuen Bundesstaates des südöstlichen Bundes, der die Don-, Kuban-, Ter- und Astrachan-Lasfen, die Vergbölker des nördlichen Kaukasus und der Schwarzmeerküste und die freien Steppendörfer des südöstlichen Rußlands umfaßt, dem sich ferner das Gouvernment Stawropol, die Schwarzmeer-Gouvernements mit dem Südostbund verbunden anschließen, hat die Interessenvertretung des Bundes übernommen und erucht bei den Friedensverhandlungen mit Großrußland folgendes zu beachten:

Der Südostbund ist kein Bestandteil der russischen Sowjet-Republik. Er befindet sich mit der nicht anerkannten Regierung der russischen Sowjet-Republik im Kriegszustand. Die Völker und die Regierung des Bundes werden die Unantastbarkeit des Bundes mit allen Mitteln verteidigen. Die Don-Regierung hat in den letzten verläubelten Staatsgrundgesetzen alle seit der Februar-Revolution 1917 erlassenen Gesetze der russischen Regierung wieder aufgehoben und hat das alte Wappen und Siegel der Donischen Kosaken wieder eingeführt.

„Kiewskaja Wpsta“ hebt hervor, daß durch diese Restauration alle Nationalitätenbeschränkungen im Donkosakenland wieder ausleben und somit die Juden dort das Wohnrecht wieder verlieren. Das Agrargesetz am Don, das binnen zwei Monaten veröffentlicht werden soll, sieht die Zwangseinteilung des Großgrundbesitzes vor, der bestimmte Normen übersteigt. Die Landverteilung soll spätestens im Oktober erfolgen. Ein Hinweis auf die Entschädigungen der früheren Besitzer fehlt.

In einem Aufruf an die Kosaken werden diese zu guten Beziehungen mit den deutschen Truppen aufgefordert. Sie sollen diese wie eigene Truppenteile ansehen.

Nach „Stimme Kiews“ wird die Regierung des Dongebietes Ende Mai endgültig formiert, wenn in Noworosskoff die Vollversammlung der Kosaken des Dongebietes zusammentritt. In die jetzige Regierung ist als Vertreter der nicht kosakischen Bevölkerung des Dongebietes der Politiker Swietofarow eingetreten. Die Beziehungen der Donregierung zur freiwilligen Armee des Generals Alexejew sind noch nicht endgültig geklärt. Es steht fest, daß gemeinsame Arbeit mit ihr gegen die Bolschewiki für die Kosaken sehr wünschenswert ist, aber in wessen Händen die Oberste Heeresleitung ruhen wird, ist vorläufig noch nicht entschieden.

Mexiko und Kuba.

Die Bedeutung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und Mexiko wird, nach einer Genfer T.-U.-Meldung, mit dem Eintritt Kubas in den Weltkrieg begründet. Die mexikanische Regierung erklärt, daß alle Vorstellungen, die Mexiko bei der kubanischen Regierung unternehme, wirkungslos seien und die schwierige Lage der kubanischen Regierung nur noch kritischer machen würden. Pariser politische Kreise erblicken hierin einen mexikanischen Protest gegen die tatsächliche Bevormundung Kubas durch die Vereinigten Staaten. Mexiko erachtet Kuba nicht mehr als unabhängigen Staat.

Ueber die Vorgeschichte des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen wird dem Wolff-Bureau von „gut unterrichteter privater Seite“ mitgeteilt: Carranza, der Präsident des neuen Mexiko, hat sich bisher allen Treibereien Wilsons gegenüber als ein fester Hort gerechter und wahrer Unparteilichkeit bewährt; er hat mit Kraft und Mut allen Einschüchterungsversuchen der Jankes Stand gehalten. Von diesem Geiste zeugt auch die neue Verfügung, die seine Regierung unlängst in betreff der „Schwarzen Listen“ erlassen hat, um den Böhlerien der amerikanischen Konsulatsvertreter behufs Ausschaltung des deutschen Handels einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Die mexikanische Regierung betont eingangs dieser Verfügung ausdrücklich, daß das Verhalten der Amerikaner, wenn ihnen freie Hand gelassen würde, nicht nur eine Verletzung der mexikanischen Neutralität, sondern auch einen Eingriff in die Oberhoheit der

mexikanischen Regierung im eigenen Lande bedeuten würde. Daher sollten, nach dem Gesetz vom 8. März, die Kapitäne sämtlicher Schiffe, welche amerikanische Güter anlaufen, verpflichtet sein, alle Waren für Empfänger, die auf der nordamerikanischen Schwarzgen Liste stehen, an diese auszuliefern, auch wenn ihnen dies von den nordamerikanischen Konsulatsvertretern unterlagt wird, widrigenfalls Kapitäne eine Geldstrafe von 50 Pesos für jedes nicht ausgelieferte Kollo zu gewärtigen hat und ihm die Weiterreise aus Mexiko verweigert werden würde.

Diese Aufschlüsse über den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten sind bemerkenswert genug. Immer noch hängt der brennende Span über der mexikanischen Pulverfasse, und wenn man nun in Rechnung setzt, daß nach dem Eintritt Kubas in den Weltkrieg nacheinander Guatemala, Nicaragua und Costarica sich ebenfalls dem Verlangen der großen Union gefügt und auf den Kriegspfad gegen Deutschland gemacht haben, so läßt sich schon sagen, daß jetzt ein ganzer Kranz von Vbänden um den mexikanischen ExploSIONSHERD lodert. So verdient der Konflikt wegen der Schwarzen Listen besondere Beachtung.

Der deutsche Angriff am Damenweg.

Französischer Bericht vom 27. Mai, nachmittags. In der zweiten Hälfte der Nacht richteten die Deutschen sehr heftiges Geschützfeuer gegen die ganze Gegend

zwischen dem Walde von Binon und Reims.

Heute morgen erfolgte der feindliche Angriff auf sehr breiter Front zwischen diesen beiden Punkten. Die französisch-englischen Truppen leisteten mit der gewöhnlichen Tapferkeit dem deutschen Stoß Widerstand. Die Schlacht ist noch im Gange. In der Champagne, auf dem rechten Maasufer, im Walde von Apremont und in der Woivre war die Artillerietätigkeit nachts lebhaft. Die Deutschen machten mehrere deutliche Angriffe. Im Walde von Apremont wurde der Angriff nach einem Kampf, der den Deutschen Verluste kostete, abgeschlagen. Zwei andere Angriffversuche in der Gegend von Limes und nordöstlich von Badonvillers scheiterten ebenfalls. Gefangene blieben in der Hand der Franzosen.

Englischer Bericht vom 27. Mai, morgens. Starke feindliche Angriffe mit vorhergehendem Geschützfeuer von großer Dichtigkeit entwickelten sich heute in der Frühe in breiter Front gegen die englischen und französischen Truppen in der Linie zwischen Reims und Soissons und gegen die französischen Truppen zwischen Loker und Vormeaesele. Mehrfach feindliche Artillerietätigkeit gestrich und letzte Nacht an der britischen Front.

Deutsch-englisches Gefangenenaabkommen.

London, 24. Mai. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die englische Regierung beschloffen habe, Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf dem Wege über Holland einzuleiten, um das jetzt bestehende Uebereinkommen wegen Heimshawung oder Internierung von Kriegs- und Zivilgefangenen zu erweitern. Das Kriegskabinett hat heute einen Beschluß in dieser Richtung gefaßt. Der Zeitpunkt der Verhandlungen steht noch nicht fest.

Die Verhaftungen und der Wahlkampf in Irland.

Die Spekulation der irischen Nationalisten.

Amsterdam, 27. Mai. Die in Ballieborough abgehaltene Konferenz der irischen nationalistischen Partei beschloß, bei den Ershawahlen gegen alle Kandidaten der Sinnfeiner-Partei zu stimmen. Dillon, der Führer der Nationalisten, sagte: Er mißbilligt die Verhaftung Griffiths, des Kandidaten von Eastcavon, aber er würde es für ein Zeichen der Schwäche halten, wenn der Kandidat der Nationalisten bei der Ershawwahl zurückgezogen würde. Dillon lehnte es ab, die gegen die Sinnfeiner gerichtete Erklärung der Regierung als beweiskräftig anzusehen.

Die irischen Nationalisten können nicht wagen, den Gewaltstreich der Regierung zu billigen, aber sie sind bereit, die Vorteile einzustreichen, die er ihnen im Wahlkampfe vermitteln kann und nach der offen ausgesprochenen Hoffnung der englischen Regierung vermitteln soll.

Neue Judenpogrome in Galizien.

Das Jüdische Pressebureau in Stockholm berichtet: Die Pogromschuße in Galizien greift immer weiter um sich. In Bielica, unweit Krakau, ereignete sich am 15. Mai ein regelrechter Judenpogrom. Zahlreiche jüdische Geschäftsbuden wurden vollständig ausgeplündert, in den jüdischen Gassen wurden die Fenstersteine eingeschlagen, viele Personen wurden verprügelt. Der materielle Schaden des Pogroms wird auf eine Million Kronen geschätzt. Die lokale Polizei verhielt sich während der Ereignisse ganz passiv, so daß militärischer Beistand aus Krakau herangezogen werden mußte. Auch in Dobrycha bei Bieliezia fanden jüdenfeindliche Ausschreitungen statt.

Zu den Vorgängen in Prag.

Italiener und Tschechen.

Der italienische Landeshauptmannsvertreter von Tirol, Dr. Conci, hat an den Prager Tischenversammlungen, die offiziell als hochverräterisch bezeichnet werden, teilgenommen. Der Tiroler Landesauschuß, der laiserlich und deutsch ist, hat ihm dabei seine Entrüstung ausgesprochen, und auch die österreichisch gesinnten Italiener haben gegen sein Verhalten protestiert.

Die Wiener Berichterstattung deckt sich, diese Kundgebungen der Loyalität zu verbreiten, wodurch aber wiederum auf die Ursachen, denen sie entspringen, die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt wird. Es ist nicht erfreulich für einen Staat, erst beweisen zu müssen, daß es in seinen Grenzen auch lokale Staatsbürger gibt.

Deutscher Volkerrat für Oesterreich.

Die deutschen Volkerräte der verschiedenen Kronländer haben sich nach gemeinsamer Beratung am 25. und 26. d. Ms. zu einem Deutschen Volkerrat für Oesterreich zusammengeschoffen. Sie nahmen einen Beschluß an, der die deutsche Staatsprache fordert und die Einrichtung der Reichshaupt-

mannschaften in Wehmen nur dann für annehmbar erklärt, wenn sie den Wünschen der Deutschen entspreche. Die Sicherung des Weges zur Aeria für das gesamte Deutschland sei eine unbedingte Staatsanwendungsbedingung. Alle Bestrebungen nach einer wirtschaftlich-nationalen Autonomie müßten auf das allerentschiedenste bekämpft werden. Die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland wird begrüßt. Diesem Bündnis ist aber nicht damit gebient, wenn nur diejenigen, die die schärfste Bekämpfung des Slaventums auf ihre Fahne geschrieben haben, sich zu ihm bekennen.

Die Beschließung des Pariser Besatz durch das weittragende Geschick ist laut Parisermeldung gestern früh wieder aufgenommen worden.

Die Beschließung Laons hat in den letzten Tagen wieder erheblich zugenommen. Durchschnittlich fielen in den letzten Tagen seit dem 20. Mai 200 Granaten auf Laon und in seine Vorstädte. Besonders hart war, trotz wagnerrischen Wetters, die Beschließung am 24. Mai. Die Vorstädte sind nur noch Trümmer, die Oberstadt zerfällt immer mehr, die veränderten Bewohner, unter denen die Beschließung täglich Opfer fordert, können sich aus ihren Kellern nicht mehr herauswagen. Es ist, wenn die Beschließung andauert, nur eine Frage der Zeit, wann die noch erhaltenen Teile von Laon mit allen Kirchen und Bauwerken als ein Haub der Flammen werden.

Das in Santander internierte Unterseeboot wird laut Madrider Nachrichten dort bleiben unter Überwachung durch das Kommando Marquis de Molins, welches zu diesem Zweck aus Ferrol ausgeschifft ist. Die deutsche Besatzung wird in der Umgebung von Madrid untergebracht werden.

Der Nachfolger des Senators Stone. Aus Washington wird gemeldet: Hitchcock, der demokratische Senator für Nebraska, ist zum Vorsitzenden der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten als Nachfolger des verstorbenen Senators Stone gewählt worden.

Die englische Nationalkassette. Ein englisches Weisbuch gibt bekannt, daß die englische Nationalkassette im Jahre 1916/17 um fast 2000 Millionen Pfund Sterling gewachsen ist. Die Gesamtkassette Englands beträgt für das Finanzjahr 1916/17 4 068 644 081 Pfund Sterling.

Wahlrechtskundgebung der christlichen Arbeiter.

Die in dem christlich-nationalen Arbeiterkongress vereinigten Arbeiter- und Angestelltenverbände des Ruhrreviers hielten am Sonntag in Essen eine Versammlung ab, um nochmals zur preussischen Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Nach Reden von Siegelwald, Schiffer, Streiter und Wehrens wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die in der Eingabe vom 20. Januar angelegten Forderungen bekräftigt werden, nämlich:

Einführung der Verhältniswahl in dichtbevölkerten Bezirken, Herabsetzung der erforderlichen Stimmzahl in größeren Wahlkreisen auf höchstens 150 000, einbüßfähiger Wohnort des Wählers im Wahlkreis, Sicherung der Staatsverfassung und der bestehenden Rechte von Kirche und Schule durch Zweidrittelmehrheit des Abgeordnetenbesatzes. Insbesondere und erneut fordern sie die Einführung der Verhältniswahl im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, da nur diese bei den vorerwähnten eigenartigen Verhältnissen eine solide politische Entwicklung verbürgt. Alle Bestrebungen auf Einführung eines Mehrstimmwahlrechts weist die Versammlung mit Nachdruck zurück. Vor allem spricht sie sich ganz entschieden gegen jegliche Zusatztimmungen für Bildung, Besitz und Seßhaftigkeit aus, worin sie eine Herausforderung der dreien Schichten des arbeitenden Volkes erblickt. Die christlich-nationale Arbeiterpartei erwartet, daß die königliche Staatsregierung alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, rücksichtslos anwendet, damit das gleiche Wahlrecht ohne Verzögerung Geseßkraft erlangt.

Diese Forderungen sind eingerichtet auf das bisherige Vorgehen der Zentrumspartei in der Wahlrechtsfrage, sie stimmen mit diesem in wesentlichen Punkten überein. So wendet sich die Kundgebung mit Entschiedenheit nur gegen Mehrstimmen für Bildung, Besitz und Seßhaftigkeit, nicht aber gegen die von Zentrumseite befürworteten Altersstimmen, obwohl diese als eine Entrechtung der vielen Millionen Kriegsteilnehmer angesehen werden müssen. Ebenso wird für die vom Zentrum geforderten „Sicherungen“ lebhaft Propaganda gemacht. Die Resolution spiegelt die schwierige Lage wider, in der sich die Führer der christlichen Arbeiterverbände zurzeit befinden: auf der einen Seite sehen sie sich gezwungen, dem Drängen der Arbeitermassen nach dem gleichen Wahlrecht Rechnung zu tragen, auf der anderen Seite wollen sie es mit den rücksichtslos gesonnenen Förderern ihrer Bewegung nicht verderben, mit denen sie in Parteigemeinschaft leben.

Ein anderer Reichstagspräsident.

Ein anderer — so schreibt uns ein genauer Kenner der Verhältnisse im Reichstag — denn es soll nicht bloß ein neuer sein! Will der Reichstag dem Volk Genüge leisten, so muß er mehr tun. Das Volk will einen energiegeladeneren Reichstag und darum soll sich die Energie seiner Präsidenten nicht fast ganz im Vollzeitsamt nach innen betätigen. Die kleinen Anfragen a. V. sind nicht dazu eingeführt worden, damit auf keinen Fall die antwortenden Regierungsglieder durch Ergänzungsfragen in Verlegenheit gebracht werden können. Und die Würde des Präsidenten leidet, wenn ihr Inhaber seit den Direktoren als Einbläser braucht, wenn er selbst nicht zu hören ist und wenn er sich von Parteileidenschaft dazu hinreißen läßt, unangenehme Meinungen unterdrücken zu wollen.

Der Reichstagspräsident darf nicht vom Polizeidienstern haben; je härter außen der Druck der kriegsabsolutistischen Gewalten, desto größerer muß binnen die Redefreiheit sein. Der Präsident muß schon durch sein Ansehen die Würde der Volksvertretung Ausdruck geben. Und er darf nicht allen und jeden Dummes ermaneln. Der ist in kritischen Situationen mehr wert als Schulmeistermanieren.

Zur Nachwahl in Berlin I bittet uns Genosse Hugo Köhler, ergänzend mitzutellen, daß er im Jahre 1898 für die Partei im Kreise kandidiert hat. Unsere Darstellung machte auf Vollständigkeit keinen Anspruch.

Freie Handels- und Volkshochschule in Nürnberg. Die städtischen Kollegen in Nürnberg beschließen in gemeinschaftlicher Sitzung am Montag die Gründung einer freien Hochschule für Handel, Industrie und allgemeine Volkshochschule und bewilligen zu diesem Zweck einstimmig den Betrag von einer Million Mark, wozu noch 645 000 M. als Stiftung aus Nürnberger Bürgerkreisen kommen.

Eine „Porzom“-Fabrik. In einer Geschäftsmitteilung, die die „Deutsche Tageszeitung“ mitten im hektischen Zeit veröffentlichen empfiehlt ein Berliner Unternehmer Frau W. Blumhoff ein Porzellanfabrikat zur Verfertigung von Tassen und Teller, dem der Name „Porzom“ gegeben ist. Das Unternehmen bezeichnet sich selbst als „Porzom“-Fabrik. Unter Porzom versteht man bekanntlich die grobenhaften Tassenbecken, die im zaristischen Rußland häufig gewesen sind und bei denen ungeschulte Menschen, auch Arbeiter, Frauen und Kinder, unter den entsetzlichen Martern geformt wurden. Herr Blumhoff dürfte ein Vertreter des Dreißigjährigen Krieges gewesen sein, der sich selbst auch für Deutschland propagierte und er verwendet jetzt Porzellanische Ideen zu Tassen der Porzellanfabrik. Zum mindesten handelt es sich um eine große Bekanntheit.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Recht spät kommt die Deutsche Kredit-A.G. mit ihrem Abschluß heraus, um das alte deutsche Sprichwort zu bekräftigen, daß, was lange währt, nicht immer gut gerät. Das der Discontogesellschaft vorgelegte Unternehmen hat offenbar deshalb so lange gedauert, weil es die Bilanz zu verwickeln und den Gewinn herabzudrücken galt, um bei den Verhandlungen mit der Regierung über die weitere Teilnahme an der rumänischen Erdölraffinerie in einer recht begünstigten Weise dazustehen. Der Rohgewinn beträgt 19 Mill. Mark gegen 14,7 Mill. Mark im Vorjahr — weil die Aktienrücklagen vorweg abgezogen wurden. Ebenso sind die Abschreibungen auf die elässischen Delaunen nicht besonders ausgewiesen, sondern dem Betriebslohn zugeschlagen worden. Mit diesen Mitteln ist es möglich gelungen, den Reingewinn von 14,8 Millionen Mark auf 11,1 Millionen Mark zu vermindern; die Dividende beträgt wieder 25 Prozent. Das Aktienkapital wird durch Neuausgabe von 4,25 Millionen Mark junger Aktien auf 35 Millionen Mark gebracht. Aus dem Geschäftsbericht, der von dem Fortschritt der Technik und von den Ansprüchen der Gesellschaft an die Regierung in der rumänischen Frage interessant erzählt, sei angeführt:

Die seit Kriegsbeginn mehrmals gefährdete Mineralölversorgung Deutschlands hat sich durchgehend verbessert. Die inländische Produktion blieb zwar im ganzen noch auf ihrem vorjährigen Stand, infolge der Einführung neuer Gewinnungsverfahren (Schachtbaubetrieb) und der Schaffung neuer Erzeugungskapazitäten kann in nächster Zeit mit ihrer Verdoppelung und weiterhin mit noch erheblich größeren Mengen gerechnet werden. Der bisherige Verwertungsgrad im Gicht hat die Annahme der Gesellschaft bestätigt, daß mittels Tiefbohrungen nur der geringere Teil des Erdöls seiner natürlichen Lagerstätte entzogen werden kann, der größere dagegen allein durch bergwerkähnlichen Abbau zu erhalten sei. Die Anwendung der intensiveren bergmännigen Ausbeutung eröffnet demnach den Ausblick einer entsprechend verlängerten Lebensdauer der Erzfunde. Auch in Hannover soll der Schachtbaubetrieb aufgenommen werden. Ausführliche Mitteilungen über die Verhältnisse in Rumänien gemacht. Die Gesellschaft hat die Produktion der rumänischen Erdölgesellschaften jetzt ungefähr wieder auf die Höhe des letzten Friedensjahres gebracht. Eine noch bessere Eigenproduktion hätte sich voraussichtlich erzielen lassen, wenn nicht ein namhafter Teil der Bohrapparate der Gesellschaft der Militärverwaltung aus staatlichen Terrains zur Verfügung gestellt worden wäre. Die hierdurch für die beiden deutschen Petroleumkonzerne nach ihrer Auffassung begründete Anwartschaft auf Juteilung der von ihnen bearbeiteten Staatsterrains hat beim Friedensschluß mit Rumänien keine Berücksichtigung gefunden. Die Gesellschaft erwartet aber, daß ihrer Winterarbeit bei der bevorstehenden endgültigen Regelung noch in angemessener Weise Rechnung getragen werden wird. In dem Verlehen, den rumänischen Betrieb eine weitere Rohstoffgrundlage zu geben, hat die Gesellschaft sich im laufenden Geschäftsjahre die Verfügung über nahezu das gesamte Aktienkapital der „Internationalen Rumänischen Petroleum-Wirtschaft“ in Amsterdam gesichert. Zur Tilgung des Kontrahats sollen 4,25 Millionen Mark neuer Aktien der Erdöl-Wirtschaft dienen, deren Ausgabe der ordentlichen Generalversammlung vorgelegt wird, und die ein Bankensortiment unter Führung der Diskontogesellschaft übernehmen soll. Die österreichische Unternehmung, die „Austria Petroleum Industrie Akt. Gesell.“ hat in 1917 eine Dividende von insgesamt 30 Proz. für die letzten vier Geschäftsjahre aufgeschichtet. Die zur Verarbeitung bituminöser Braunkohle errichteten Mineralölmwerke sind soweit vollendet, daß der gegenwärtige Lebetrieb sich binnen weniger Monate zum Vollbetrieb entwickelt haben wird.

Soziales.

Brüst die Rentenanwartschaftsbehörde der Landesversicherungsanstalt!

Die Rentenberechnung gab bisher im großen und ganzen keinen Anlaß zu Beanstandungen. Aber folgender Fall soll allen Rentenanwärtern zur Warnung dienen. Der Altersrentenempfänger Fischer W. erhält am 28. September 1917 durch Bescheid seine Altersrente in Höhe von 114 M. jährlich zugesprochen. Bei der Berechnung der Rente werden ihm 1042 Mark in der ersten Lohnklasse und 158 Mark in der zweiten Lohnklasse zugrunde gelegt. Das waren die niedrigsten Lohnklassen. Er konnte aber durch seine Beschäftigungen den Nachweis liefern, daß er in dem letzten Jahrzehnt nur Mark in den beiden höchsten Lohnklassen verwendet hatte. Die Berechnung der Landesversicherungsanstalt konnte nicht stimmen.

Es wurde gegen den erstellten Bescheid Berufung eingelegt. Die Landesversicherungsanstalt erteilte nun einen neuen Bescheid, wonach nunmehr die Mark in der höheren Lohnklasse berechnet wurden. Die Altersrente beträgt jetzt 204 M. mithin 90 M. mehr im Jahre.

Die Monatsrente war zuerst mit 9,50 M. berechnet, jetzt erhält der alte Mann 17 M. pro Monat. Würde der Bescheid rechtskräftig geworden sein, so wäre dem Manne ein gewaltiger wirtschaftlicher Nachteil entstanden. Man fragt sich, wie kann das bei der Landesversicherungsanstalt geschehen nur vorkommen? Da sind doch genügend Leute beschäftigt, die mit Ruhe die einfache Abrechenarbeit verrichten können. Wenn auch der Krieg ungeliebte Arbeitskräfte zur Einstellung zwingt, solche Fehler dürften bei der Rente auf keinen Fall vorkommen.

Deshalb ihr Rentempfangler, prüft die zugestellten Bescheide vor Ablauf der Berufungsfrist an der Hand der Aufrechnungsbescheinigungen auf ihre Richtigkeit hin.

Förderung der Begabten.

Eine Erweiterung erfahren die Berliner Pläne zur Förderung hochbegabter Volksschüler. Die bisher getroffenen Einrichtungen hatten den Nachteil, daß sie ausschließlich für intellektuell Hochbegabte bestimmt waren und anders gerichtete, nicht minder wertvolle Begabungen, besonders die künstlerische und technische, unberücksichtigt ließen. In einer Sitzung des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht teilte der Berliner Stadtschulrat Dr. Reimann mit, daß jetzt auch für diese Begabungen in entsprechender Weise gesorgt wird. Im März d. J. fanden die ersten Prüfungen für die zeichnerisch besonders begabten Knaben und Mädchen statt. Aus den Gemeindeschulen erschienen zu diesen Prüfungen die besten Zeichner unter den abgehenden Schülern und Schülerinnen, 162 Knaben und 73 Mädchen, aus den Mittelschulen 10 Mädchen, aus den höheren Lehranstalten diejenigen Jünger, die im Zeichnen Hervorragendes, aber in den

Denkproben nicht Entsprechendes leisteten, 124 Schüler und 73 Schülerinnen; hier war die Altersgrenze nicht beschränkt. Die Kommission hatte über den künstlerischen und zeichnerischen Wert der von den Kindern mitgebrachten früheren Arbeiten, wie auch der von ihnen in der Prüfung angefertigten Zeichnungen zu entscheiden.

Die Prüfung erstreckte sich an drei aufeinander folgenden Tagen in je 2 Stunden auf Natur-, Gedächtnis- und Phantasiezeichnungen. Von den geprüften 236 Knaben erwies sich 18 als hochbegabt; von ihnen waren 9 Gemeindeschüler im Alter von 13—14 Jahren, die anderen 9 gehören höheren Schulen an und waren 18½ bis 17 Jahre alt. Unter den 100 Mädchen, die sich der Prüfung unterzogen, fanden sich nur 7 Hochbegabte, darunter 2 Schülerinnen aus einem Lyzeum im Alter von 15 und 17 Jahren und 5 Gemeindeschülerinnen. Die städtische Schulverwaltung erachtet diese begabten Knaben und Mädchen einer besonderen Förderung als durchaus würdig und ist mit den in Betracht kommenden Stellen in Verbindung getreten, um sie einem ihrer besonderen Vermögen entsprechend dem Beweise zuzuführen; im Bedarfsfalle werden auch Beihilfen gewährt, die entweder den Eltern ausbezahlt werden oder den Landwerksämtern als Zuschuß gewährt werden sollen, um die Lehrer um ein Jahr abzulösen. Bei der zweiten Gruppe, der der Oberbegabten, stellte sich heraus, daß 48 Knaben und 11 Mädchen, darunter 23 und 6 aus Gemeindeschulen, sich auch zur Ausbildung für ein Handwerk eignen, daß sich noch der künftigenweiligen Seite ausbauen läßt. Bei weiteren 81 Knaben und einem Mädchen, darunter 16 und 0 aus Gemeindeschulen, trat die Begabung zum technischen Zeichnen so auffallend hervor, daß auch von diesen insbesondere tüchtige Leistungen zu erwarten sind. Bei dem Rest, 161 Knaben und 111 Mädchen, ergab die künstlerische Begabung nicht groß genug, um sie bei der Berufswahl als entscheidend mitsprechend zu lassen; sie sind aber genügend helfen können, um innerhalb handwerklicher Betätigung dieser Kinder später besonders Gutes leisten zu können.

Für die Zukunft plant die städtische Schulverwaltung, vor jedem Schulentlassungstermin, also halbjährlich, drei Prüfungen Hochbegabter vorzunehmen; eine rein wissenschaftliche, eine künstlerische und eine technische. Die Entschöpfung wird bei der künstlerischen Prüfung auf Grund selbständig gefertigter Arbeiten, sonst aber auf Grund psychologischer Begabungsprüfungen getroffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, jede tüchtige Begabung in der heranwachsenden Jugend rechtzeitig zu erkennen und sie an die Stelle zu bringen, wo sie zur vollen Reife kommt.

Säuglingspflege in Kasseler Mädchenschulen.

Kassel hat 1916 als erste unter den deutschen Städten den Unterricht in Säuglingspflege obligatorisch in ihren Mädchenschulen und Mädchenoberschulen eingeführt. Sie bildet einen Teil des naturkundlichen Unterrichts in der Oberklasse der Mädchenoberschulen. Die Stadtschulverwaltung legte von Anfang an Gewicht darauf, sie nicht als Anfangslehre an die Schule erscheinen zu lassen, an dem teilzunehmen in das Versehen der Kinder und ihre Eltern zu stellen sei. Das hätte den Wert der Sache in den Augen der Kinder und das Publikum herabgesetzt und die Erreichung des Zweckes gehindert. So wurde der Lehrplan für Naturkunde in den genannten Klassen abgeändert und mit dem für die Säuglingspflege aufgestellten Unterrichtsplane berart verbunden, daß beide zusammen als einheitliches Ganze erscheinen. Man legt weiter Wert darauf, daß der gesamte Schulunterricht auf die für unser Volk so überaus wichtige Bevölkerungsfrage Rücksicht nimmt, soweit dies in Volksschulen überhaupt möglich ist.

Es ist natürlich, daß ein solcher Unterrichtsgegenstand nur in der Hand einer Lehrerin liegen darf, die auch den naturkundlichen Unterricht für die betreffende Klasse erteilt. Das ist in Kassel der Fall. Die Unterrichtsstunden fallen in die letzten Wochen vor Ostern, so daß die Schülerinnen bei ihrem Austritt aus der Schule noch unter dem frischen Eindruck der Sache stehen. Jeder Unterrichtseinheit schließen sich praktische Unterweisungen an einer Modellgruppe an (eine Säuglingsausstattung steht jeder Schule zur Verfügung). Außerdem werden die Schülerinnen in das Säuglingsheim und in die Krippe geführt.

Im engen Zusammenhang mit den geschulten theoretischen und praktischen Unterweisungen stehen solche für Veranschaulichung der Säuglingspflege im Handarbeitsunterrichte und der Säuglingspflege in der Haushaltungskunde. Die Stadtschulverwaltung läßt jetzt an dem Unterrichts in der Säuglingspflege teilnehmenden Schülerinnen die Säuglingspflege von Hermer-Vogelstein unentgeltlich überreichen und hofft, auch dadurch aufklärend über die wichtige Angelegenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung zu wirken. — Zur Weiterbildung der Lehrerinnen für Säuglingspflege werden jedes Jahr kürzere Kurse zwischen Herbst und Frühjahr abgehalten, in denen namentlich auch die im Unterricht gewonnenen Erfahrungen Verwendung finden.

Man hat gegen den neuen Unterricht eingewandt, er sei eine Verfrühung, die Mädchen wären noch zu jung und bräuchten daher der Sache nicht den nötigen Ernst entgegen. Demgegenüber muß betont werden, daß alle Schülerinnen, die an ihm teilnehmen, schon in der Säuglingspflege tätig waren und tätig sind, indem sie kleine Geschwister oder Säuglinge aus Verwandtenkreisen pflegten und noch pflegen. Einzelne dieser kleinen Pflegekinder werden hier und da in den Unterricht mitgebracht. In Kassel hat zudem die Erfahrung im ersten Jahre gezeigt, daß die Schülerinnen an dem Unterrichts mit großem Ernste, gleichem Eifer und gutem Erfolge teilnahmen. Selbstverständlich ist es, daß der Unterricht in Säuglingspflege in die allgemeine Mädchenfortbildungsschule verlegt wird, sobald wir diese dringend nötige Schule haben werden. Bis heute haben wir sie aber noch nicht, und darum muß man im Interesse unseres Volkes nur wünschen, daß Säuglingspflege so schnell wie möglich in allen städtischen und ländlichen Mädchenschulen eingeführt werde.

Benutzung der öffentlichen Arbeitsnachweise durch die Behörden.

Das bayerische Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten hat durch Verordnung die ihm nachgeordneten Stellen angewiesen, ihren Bedarf an Arbeitskräften (gelernten und ungelerten) grundsätzlich durch die Vermittlung der gemeindlichen Arbeitsämter zu decken. — Offenbar werden die übrigen Bundesstaaten diesem Beispiele bald folgen. Aber auch die Gemeinden sollten sich diesen Grundsatz zu eigen machen.

Die fünfte Generalversammlung der Volksfürsorge

wird am Montag, den 24. Juni, in Hamburg abgehalten werden. Das ihr vorliegende Geschäftsergebnis des Jahres 1917 ist trotz der langen Reiseperiode ein erfreulich günstiges. Die Zahl der abgeklärten Personen stieg von 191 689 Ende 1916 auf 227 183 und die Höhe der dadurch versicherten Summe von 25 478 022 M. auf 37 166 600 M. Davon liegen die abgeklärten Kapitalversicherungen von 123 715 mit 26 802 841 M. Versicherungssumme auf 167 066 Personen mit 34 682 821 M. Versicherungssumme. Der erzielte Ueberschuss beträgt 880 385,53 M., bei einer Gesamteinnahme von 6 704 618,09 M. Die Ueberschussverteilung betrug 3 182 187,57 M., die Einnahme aus Zinsen 310 247,70 M. Der sichergestellt bedienten Reservefonds betrug Ende 1917 6 201 705,71 M., die Gewinnreserve der Versicherer 345 406,28 M. und die sonstigen Reserven und Rücklagen 883 626,78 M. Die Verwaltung wird der Generalversammlung die Ueberweisung von 10 Proz. der eingezahlten Ueberschüssen, das sind 272 914,08 M., an die sonstigen Reserven und Rücklagen (im Vorjahre 7 Proz.) vorschlagen; daneben sollen noch je 5 Proz. des erzielten Ueberschusses, das sind je 10 466,78 M., dem gemeindlichen Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Arbeitslosenreservefonds und dem Fonds für besondere Reserven überwiesen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnerhöhung für die Straßenbahn-Handwerker und -Arbeiter.

Die in den Werkstätten und Kraftwerken der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigten Arbeiter und Handwerker hatten beschlossen, eine Lohnerhöhung von 30 Pf. für die Stunde zu fordern. Eine Kommission der Arbeiter in Gemeinschaft mit einem Vertreter des Transportarbeiterverbandes hat deswegen mit der Direktion verhandelt, es war aber nicht möglich, die Direktion zur Anerkennung der Forderung in voller Höhe zu bewegen. Mehr wie eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde will die Direktion nicht bewilligen. Die Kommission hat dann noch versucht, hinsichtlich des Urlaubs und der Dienstalterszulagen Verbesserungen für die Arbeiter herauszubekommen. Das ist auch gelungen. Bisher wurde nach einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren 8 Tage und nach 10 Jahren 6 Tage Urlaub gewährt. Die Direktion hat bewilligt, daß es nach drei Jahren 4 Tage, nach sechs Jahren 6 Tage und nach zehn Jahren 8 Tage Urlaub gibt. Die Vorkarbeiter erhalten in drei Stufen einen um zwei Tage längeren Urlaub. Bisher erhielten die Arbeiter, welche länger als fünf Jahre beschäftigt waren, eine tägliche Zulage von 1 M. Jetzt hat die Direktion bewilligt, daß nach einer Beschäftigungsdauer von 3 Jahren eine Zulage von 50 Pf. täglich gewährt wird und es im übrigen bei der Zulage von 1 M. nach einer Beschäftigungsdauer von 5 Jahren bleibt. Hinsichtlich der allgemeinen Lohnaufbesserung war die Direktion zu keinem weiteren Zugeständnis als einer Zulage von 10 Pf. pro Stunde zu bewegen. Einschließlich dieser Zulage betragen die Anfangslöhne für Arbeiter 1 M., für Schlosser 1,20 M., für Ober Schlosser 1,30 M. Sie steigen nach einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahr um 5 Pf. und nach vier Jahren wieder um 5 Pf. In den Nachschichten sind die Stundenlöhne durchweg um 30 Pf. höher. Die Arbeiterinnen hatten bisher einen Stundenlohn von 45 Pf. Sie erhalten ebenfalls die allgemeine Zulage von 10 Pf.

Die Kommission legte diese Ergebnisse ihrer Verhandlung einer gut besuchten Betriebsversammlung vor. Diese war durch das sehr geringe Entgegenkommen der Direktion recht unzufrieden, erklärte sich aber mit den Zugeständnissen einverstanden in dem Sinne, daß dieselben nur als Abkühlungsmaßnahme auf die gestellten Forderungen betrachtet und zu geeigneter Zeit neue Entwürfe auf Lohnerhöhung gestellt werden.

Das Weinhaus Kempinski und die Zechpreller.

Das Personalbureau der Firma Kempinski in der Leipziger Straße gab vor kurzem den bei ihr angestellten Köchinnen folgendes bekannt: Der Köchler kostet persönlich für die Vereinnahmung der auf Vorrat und ohne Vorrat für die Gäste entnommenen Speisen, Getränke und Gewürzmittel, auch bei Verlusten durch Zechpreller.

In dem Hilarium war beinahe, daß diese Einfügungen in die Arbeitsordnung der Behörde eingereicht seien und daß sie mit dem 15. Mai in Kraft treten. Wir lassen dahingestellt, ob das die richtige Form ist, eine Veränderung der Arbeitsordnung vorzunehmen. Nach § 134d der Gewerbeordnung ist vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben den im Betriebe beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern. Hierzu hatten die Angestellten nach Lage der Sache kaum Zeit. Aber den gewöhnlichen Zweck, die Verluste, die durch Zechpreller entstehen könnten, auf die Köchler abzuwälzen, wird die Firma damit nicht erreichen. Die Gerichte haben nämlich schon wiederholt über derartige Fälle entschieden und auch in höheren Instanzen übereinstimmend den Standpunkt vertreten, daß die Köchler lediglich Beauftragte des Unternehmers sind, die den Verkehr bezw. den Kauf und Verkauf von Waren (Speisen und Getränke) zwischen Wirt und Gast vermitteln. In allen Fällen wurde der Wirt für den Schaden durch Zechpreller haftbar gemacht. Es sei denn, daß der Wirt nachweisen kann, der Angestellte habe leichtfertig gehandelt, d. h. entgegen den ausdrücklichen Anordnungen des Wirtes, einem bestimmten Gast größere Zechen gestattet, ohne sofortige Bezahlung zu fordern.

Wir glauben gern, daß bei den jetzigen Lebensmittelpreisen und bei den hohen Gasthauspreisen ein besonderer Anreiz für Zechprellereien gegeben ist und wir würden eine Anweisung an das Personal zu erhöhter Vorsicht durchaus verstehen, aber es geht nicht an, das Risiko auf die Angestellten abzuwälzen zu wollen.

Die Lohnbewegung der Bauanschläger.

Im März hatten die Berliner Bauanschläger bei der Arbeitgeberorganisation beantragt, zu der selber bewilligten 50prozentigen Erhöhung der Akkordlöhne eine nochmalige Erhöhung von 50 Prozent, im ganzen also 100 Prozent, zu gewähren und den Stundenlohn auf 2 M. zu erhöhen. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge. Sie kamen erst in Gana, als vor einigen Wochen die Anschläger bei einer Firma die Arbeit einstellten und dadurch bedrohten, daß es ihnen ernst mit ihren Forderungen war. Seitdem haben mehrmals Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation stattgefunden und kürzlich zu dem Ergebnis geführt, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärten, auf die Akkordpreise einen Zuschlag von 80 Prozent und einen Stundenlohn von 1,80 M. zu bewilligen. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich schließlich mit einer Zulage von 80 Prozent begnügen zu wollen unter der Voraussetzung, daß der Stundenlohn von 1,80 M. als Mindestlohn anzusehen und bei Akkordarbeiten zu garantieren ist. Das letztere gilt als besonders wichtig, weil jetzt oft kleine Arbeiten in Akkord ausgeführt werden, bei denen die Anschläger nicht auf ihren Lohn kommen würden. Deshalb soll ihnen der Stundenlohn sichergestellt werden. Die Arbeitgeber haben auch diese Forderung bewilligt. Am Sonntag hat auch die Versammlung der Bauanschläger diesem Abkommen zugestimmt, womit die Lohnbewegung beendet ist.

Erholungsurlaub für Angestellte.

Die Angestelltenverbände Groß-Berlins haben sich kürzlich in einer Versammlung, an der die sämtlichen Groß-Berliner Angestelltenvereine teilnahmen, mit der Urlaubsfrage befaßt und dabei unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse folgende Grundzüge aufgestellt:

Allen Angestellten, die ihre Stellung bis zum 1. April 1918 antraten, sind mindestens 7 Tage, allen Angestellten, die bis zum 1. April 1917 eingetreten sind, 14 Tage, nach bläufiger Dienstzeit 18 Tage und nach 10jähriger Dienstzeit 21 Tage ununterbrochener Sommerurlaub zu gewähren.

Angesichts der außergewöhnlichen Leistungen, die von den Angestellten jetzt gefordert werden, sind diese Forderungen als durchaus befriedigend anzuerkennen, zumal wenn man berücksichtigt, daß in vielen Firmen der in Friedenszeiten übliche Urlaub während der ersten Kriegsjahre zum großen Teil in Fortfall gekommen ist. Erfreulicherweise hat auch eine große Anzahl Groß-Berliner Firmen Urlaub in diesem Rahmen bereits zugestanden. Auch der Berliner Schlichtungsausschuß hat sich kürzlich mit der Frage: Gewährung von Urlaub an Angestellte befaßt und dabei folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuß hält einen Urlaub für die Angestellten in nachstehender Höhe für angemessen: bis 2 Jahre: 8 Arbeitstage, bis 5 Jahre: 6 Arbeitstage, bis 10 Jahre: 12 Arbeitstage. Eine Abkündigung von vereinbarten periodisch eintretenden Gehaltsveränderungen wird als nicht gerechtfertigt erklärt und muß unterbleiben.

Der Schlichtungsausschuß konnte in diesem Schiedsspruch nicht über die Forderungen der klagenden Angestellten hinausgehen, denn in dem klaglichen Fall hatten die beteiligten Angestellten selbst so außerordentlich bedauerliche Wünsche vorgebracht. Es unterliegt aber nicht dem geringsten Zweifel, daß der Schlichtungsausschuß auch weitestgehenden Forderungen keine Zustimmung gegeben haben würde, da man auch in Arbeiterkreisen durchaus einfließt, daß die Urlaubsfrage im fünften Kriegsjahre anders behandelt werden muß, als in der vorangegangenen Kriegszeit.

Kürzung der Lehrzeit für die zum Seeresdienst eingezogenen Lehrlinge.

Nicht selten werden Lehrlinge, die eine Lehrzeit von über drei Jahre zurückzulegen haben, zum Seeresdienst eingezogen und damit zum vorzeitigen Abbruch ihres Lehrverhältnisses gezwungen. Das hat unter Umständen für die jungen Leute mancherlei Nachteile im Gefolge. Vor einiger Zeit hatte nun die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich an das Württembergische Kriegsministerium gewandt, mit der Bitte, die jungen Leute — es handelte sich um den Jahrgang 1900 — deren Lehrzeit noch nicht beendet war, vom Seeresdienst bis zur Beendigung der Lehrzeit zurückzustellen. Gleichzeitig wandte sich die Bezirksleitung an den Verband der Württembergischen Metallindustriellen mit dem Ersuchen, in gleicher Weise beim Kriegsministerium Schritte zu unternehmen. Der Metallindustriellenverband unterstützte die Anregung der Bezirksleitung. In einer hierauf stattgefundenen gemeinsamen Sitzung mit einem Vertreter des Kriegsministeriums wurde zum Ausdruck gebracht, daß dem Wunsch aus allgemeinen Gründen leider nicht Rechnung getragen werden könne, da ein Ausnahmefall geschaffen würde, dessen Rückwirkung auf andere Berufsklassen nicht ohne erheblichen Einfluß bleiben würde. Gleichwohl setzte sich das Kriegsministerium dann weiter mit den Metallindustriellen in Verbindung, um eine einheitliche Behandlung der Sache im Interesse der Lehrlinge zu erreichen. Letzteres ist geschehen, wie aus nachstehender, vom Württembergischen Kriegsministerium veröffentlichter Bekanntmachung hervorgeht:

Die frühzeitige Einberufung der landwirtschaftlichen Rekruten zum Seeresdienst bringt es mit sich, daß ältere Lehrlinge, oder solche, welche eine längere als dreijährige Lehrzeit haben, nicht selten vor Beendigung ihrer vollen Lehrzeit eingezogen und damit zum vorzeitigen Abbruch ihres Lehrverhältnisses gezwungen werden. Es ist nun aber, wenn nicht dringende berufliche Bedenken dagegen sprechen, nicht erwünscht, daß solche Lehrlinge, wenn sie nach erfolgter militärischer Ausbildung im Felde geblieben und sich erprobt haben, vielleicht erst nach geraumer Zeit wieder eine längere Spanne als Lehrlinge eintreten sollen, um nicht der Vorteile des ausgebildeten Arbeiters verlustig zu werden. Eine Zurückstellung der jungen Leute zwecks Vollendung ihrer Ausbildung ist mit Rücksicht auf die Kriegslage und zur Vermeidung von Vorfällen grundsätzlich nicht durchführbar. Es sollte deshalb nach Möglichkeit dafür gefordert werden, daß entweder, bei beispielsweise bei den Schülern höherer Lehranstalten, der Zeitpunkt der Lehrzeitprüfung unter Berücksichtigung der Einberufungen festgelegt oder daß den Lehrlingen der restliche Teil der Lehrzeit erlassen wird. Im Interesse der Billigkeit sollten die möglichen Erleichterungen auch den schon einberufenen Lehrlingen nachträglich gewährt werden.

Da die berührte Frage für die Metall- und Maschinenindustrie wohl am dringendsten ist, hat sich das Kriegsministerium Abteilung Metall, hirtwegen mit dem Verband Württ. Metallindustrieller, E. V., ins Benehmen gesetzt. Dieser hat sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß denjenigen Lehrlingen, die vor Beendigung der vertraglichen Lehrzeit zum Seeresdienst einberufen werden, der Rest der Lehrzeit erlassen und das durch § 127a der Gewerbeordnung vorgeschriebene Zeugnis ausgestellt wird, sofern sie den erforderlichen Grad der Ausbildung erreicht haben. Entsprechend soll auch bei den schon einberufenen Lehrlingen verfahren werden.

Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Frage überall da, wo nicht unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen, innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen in derselben entgegenkommenden Weise geregelt wird, wie es durch den genannten Verband geschehen ist.

Wie in der „Metallarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wird, sind viele Fälle bekannt, wo Firmen ihren zum Seere eingezogenen Lehrlingen entweder kein Abgangszeugnis gaben, oder wenn sie ein solches ausstündigten, dies nur unter der Bedingung taten, daß die zum Seere Einberufenen sich verträglich verhielten, so lange nach ihrer Entlassung vom Seere als Arbeiter mindestens wieder bei der Firma zu arbeiten, als ihnen an der Beendigung ihrer Lehrzeit fehlte.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den 16. hiesigen Reichstagswahlkreis Chemnitz nahm in einer Hauptversammlung Stellung zur Beitragsverbesserung und zu der am 9. Juni in Dresden stattfindenden Landesversammlung der hiesigen Sozialdemokratie. Das einleitende Referat über die Landesversammlung hielt der Vorsitzende des Kreises Genosse Max Müller, der besonders die Wohlfahrts-, Steuer- und Uebergangswirtschaftsfragen besprach. Folgender Antrag soll an die Landesversammlung gestellt werden: Die Landesversammlung wolle erneut beschließen:

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Sachsen erwidert in der Steuerreform der Reichsregierung eine obermässige ungebührliche Schädigung der ohnedies durch den Krieg in ihrer Lebensführung tief heruntergebrachten Masse des wahlfähigen Volkes. Sie erwartet daher in Konsequenz des Verteilungsbeschlusses vom Jahre 1913 (Revolutions-Wurm) den nachgehenden Inanspruchnahme — vor allem der Reichstagsfraktion — entschiedene Bekämpfung und Ablehnung dieser Vorschläge.

Zur Beitragsfrage wurde einstimmig entprechend dem Antrage des Vorstandes beschlossen, die Beiträge durchweg um 50 Prozent zu erhöhen. Der Beitrag beträgt also vom 1. Juli 1918 ab für männliche Mitglieder wöchentlich 15 Pf. und für weibliche monatlich 80 Pf.; das Eintrittsgeld wurde allgemein auf 30 Pf. erhöht.

Der Sozialdemokratische Verein für den 20. Wahlkreis Jhovan-Marienbergr hielt in Jhovan seine Jahresversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht des Sekretärs Genossen Jungnickel ist die Organisation unter den Wirkungen des Krieges arg zusammengeschmolzen, die Kritik scheint aber doch zum größten Teile überwunden zu sein, denn das Partyleben und das Interesse an der Organisation sei wieder reger geworden. Der Abgeordnete des Kreises Genosse Göhrle sprach über die politische Lage im allgemeinen und die Politik der Partei im besonderen. Er betonte, daß die Entwicklung der Politik der Partei recht geben werde. An der Haltung der „Vollstimme“ wurden wesentliche Ausstellungen nicht gemacht.

Im vergangenen Berichtsjahre sind für den Verein Breslau 254 neue Mitglieder gewonnen worden. 647 Mitglieder mußten infolge Verzuges, Tod, freiwilligen Austritts und Nichtbezahlens der Beiträge gestrichen werden. Ein kleiner Teil ging, weil mit dem jetzigen Verhalten der Reichstagsfraktion unzufrieden, zu den „Unabhängigen“ und bildete auch in Breslau einen eigenen Verein. Der größte Teil der neu gewonnenen Mitglieder waren Frauen und Mädchen. Es muß anerkennend hervorgehoben werden, daß die Frauen, je mehr sie durch die Verhältnisse gezwungen werden, in Rüstungsbetrieben, Werkstätten usw. ihre Beschäftigung zu suchen, auch zur Erkenntnis gelangen, daß sie sich politisch betätigen müssen. Die Zahl der neu eingetretenen Mitglieder übersteigt die Zahl der neu eingetretenen in manchen Jahren vor dem Kriege. Die Beitragsleistungen der Mitglieder haben sich gegen das Vorjahr erheblich gehoben. Der Aufforderung des Vorstandes, den Bezirkskassierern durch Abnahme mehrerer Monatsbeiträge die Arbeit zu erleichtern, sind erfreulicherweise sehr viel Genossen und Genossinnen nachgekommen.

Die Generalversammlung für den 8. hiesigen Reichstagswahlkreis Danzig mußte konstatieren, daß die Verhältnisse im Kreise augenblicklich keine guten seien, der Krieg habe auch hier verheerend gewirkt. Große Störungen im Partyleben wegen der Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion sind nicht vorgekommen; dort wo Angelegenheiten dieser Art vorhanden waren, wie in Kamenz, sind wieder geordnete Verhältnisse eingetreten. Die Zahl der Mitglieder im Kreise beträgt 274 männliche und 41 weibliche. In der Diskussion, an der sich fast sämtliche Vertreter beteiligten, kam allgemein zum Ausdruck, daß dort, wo augenblicklich die Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, alles getan werden muß, um wieder geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Einstimmig wurden die Beiträge auf wöchentlich 15 Pf. für männliche und auf monatlich 40 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Ein Vortrag des Genossen Hübner über die politische Situation fand großes Interesse.

Der Sozialdemokratische Verein Frankfurt a. M. legte die Tagesordnung über die Vorschläge der erweiterten Parteileitung für die Vorstandswahl vor. Von Mitgliedern des erweiterten Vorstandes wurde hervorgehoben, daß für die Vorschläge zur Vorstandswahl rein sachliche Gesichtspunkte geltend gemacht sind. Die Parteileitung müsse so zusammengefaßt sein, daß eine geordnete Arbeit möglich sei. Die abweichende Meinung in parteipolitischen Fragen der beiden nicht mehr vorgeschlagenen Vorstandsmitglieder habe dabei keine Rolle gespielt. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß der Richtungsstreit in der Partei die Ursache der Differenzen im Vorstand sei. Anträge, die den Zweck verfolgten, zur Erörterung dieser Behauptung die Protokolle der Vorstandssitzungen zu verlesen, wurden von der Versammlung wiederholt abgelehnt. Kurz nach 11 Uhr trat Schluß der Debatte ein.

Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl wurden 197 Stimmen abgegeben. Zu Vorsitzenden wurden Gg. Mater mit 189 und Gg. Ulrich mit 197 Stimmen wiedergewählt. Als erster Schriftführer bekam Heidemann 112 Stimmen, 77 Stimmen entfielen auf Richter. Als Stellvertreter entfielen auf Wittich 136, auf Lehmann 128 Stimmen. Mit 50—50 Stimmen blieben Raiser und Wittich in der Rinderreihe. Ulrich dankte für das ihm durch die einstimmige Wahl zum 2. Vorsitzenden bewiesene Vertrauen. Moralisch sei er jedoch verpflichtet, sich mit den beiden nicht wiedergewählten Vorstandsmitgliedern Richter und Wittich solidarisch zu erklären und seinen Posten niederzulegen. Es muß deshalb eine Ergänzungswahl des Vorstandes in der nächsten Versammlung vorgenommen werden.

Gerichtszeitung.

Der klapprige Justizrat als Aushängeschild.

In die recht merkwürdigen Verhältnisse eines Detektivbureau leuchtete eine Verhandlung hinein, welche die 3. Strafkammer des Landgerichts II befaßte. Aus der Untersuchung wurde die Heiratsmittlerin Frau Luise Schall aus Friedenau vorgeführt. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatte die Angeklagte wegen wiederholten versuchten und vollendeten Betruges zu 2 Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt, und zwar auf Grund folgenden Sachverhalts: Die wegen gleichen Vergehens schon mit Gefängnis vorbestrafte Angeklagte betrieb zuerst in der Refebeststraße und dann später in einer vornehmen Sechszimmerwohnung in der Kaiser-Allee zu Friedenau ein Heiratsvermittlungsbureau. Um der ganzen Sache ein besseres Ansehen zu verschaffen, schloß die geschäftsführende Angeklagte mit einer armen adligen Klavierlehrerin von D. einen Vertrag, nach welchem diese monatlich 30 M. von D. erhielt und dafür ihren Namen für das Heiratsbureau hergab. Der Geschäftsbetrieb selbst gestaltete sich in der Weise, daß die Angeklagte selbst die bekannten Inserate „Junggeselle in guten Vermögensverhältnissen“ usw. oder „Dame mit höheren Eripansissen“ usw. erließ und dann in aller Ruhe der Dinge harrte, die da kommen sollten. Wie geschäht die Angeklagte bei der ganzen Aufmachung der Sache zu Werke ging, zeigte folgender Fall. Sie erließ folgendes Inserat: „Widrigewandter Herr repräsentable Erscheinung für leichte Beschäftigung gesucht.“ Auf diese Anzeige hin meldete sich ein Herr K., dem die Angeklagte folgenden Vorschlag machte. Er solle in ihr Bureau einziehen und dort die Rolle des Heiratskandidaten auf Lager spielen, d. h. er sollte sich den beiratslustigen Damen stets als der „Junggeselle in guten Vermögensverhältnissen“ vorstellen. Als K. aus Scherz auf die Sache einging und fragte, welches Gehalt denn für diese anstrengende und aufregende Tätigkeit gezahlt würde, erklärte ihm die Angeklagte, daß er für jede Vorstellung ausnahmsweise, da er eine so gute Figur habe, zwei Mark erhalte. Sie habe bis jetzt einen alten Justizrat als Aushängeschild und Heiratskandidat auf Lager gehabt, der eine Mark für jede Vorstellung erhalte, dieser sei ihr aber schon zu klapprig und mache auf die weibliche Rundhaft keinen Eindruck mehr. Natürlich bedankte sich K. für das prächtige Angebot. Die Hauptsache bei dem ganzen Vertriebe war für die Angeklagte die Erlangung der Einschreibegelder, Anmeldegebühren, Vorschüsse usw., welche zwischen 5 und 30 Mark schwankten. Eine Jungin Anthe B., die auch auf den „sympathischen Junggesellen mit hohem Einkommen“ reflektiert hatte, wußte sofort Bescheid, was die Glode geschlagen hatte, als sie zufällig im Nebenzimmer die Stimme der Angeklagten hörte, die sagte: „Seien Sie unbesorgt, wir werden die Karre schon abziehen“. Ihr wurde dann als Vertreter des justiziellen Heiratskandidaten der — Pförtner des Hauses vorgestellt. Ein anderer Junge mußte erst mit der Angeklagten einen richtigen Ringkampf vornehmen, weil sie ihm seine Briefschaften weggerissen hatte. Als die Angeklagte um Hilfe schrie, öffnete sich mehrere Türen und aus jeder kam ein Mädchen zum Vordein. In der Verunsicherung hat der Verteidiger um eine erhebliche Herabsetzung der Strafe, da es sich doch tatsächlich um ganz geringfügige Beträge handelt. Das Gericht schloß sich auch dieser Bitte an und erlachte unter Aufhebung des ersten Urteils auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Die Streifenkuren vom Januar ziehen noch immer böse Folgen für daran beteiligt gewesene Verurteilten nach sich. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte standen wieder fünf Arbeiter unter der Anklage des Landfriedensbruchs. Sie befanden sich in dem durch die Anklage markierenden Zuge, der am kleinen Tiergarten das Eingreifen der Polizei verursachte. Bekanntlich hat der Zusammenstoß einem Wachtmeister das Leben gekostet. Die Angeklagten versicherten, daß sie in keiner Weise darauf ausgegangen seien, Störungen zu veranlassen, vielmehr seien sie auf dem Wege zu einer angelegten Versammlung unter freiem Himmel gewesen und in den Zug hineingeraten. Der Gerichtshof hielt es aber für festgelegt, daß die Angeklagten wohl gewußt haben, daß es um einen dem Stadtmann zustehenden Demonstrationszug sich gehandelt habe und das Bewußtsein haben mußten, daß es zu Gewalttätigkeiten kommen konnte. Sie wurden daher des Landfriedensbruchs schuldig befunden. Doch hielt es der Gerichtshof nicht für erforderlich, über das geringste Strafmaß von je drei Monaten Gefängnis hinauszugehen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Einfluß des Krieges auf schwebende Lieferverträge im Lichte der Rechtsprechung. Von Rechtsanwalt Ehm. 1,50 M. (ausgibt 25 Proz. Zuschlag). E. Pöcher, Buchhandlung, Berlin S 14.

Die Vermögensabgabe und Konjunkturermittler im sozialen Aufwandskonto. Von Dr. Markus Gtinger. 6 M. Deutsch-Osterr. Verlags- und Druckerei.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schall, Berlin; für Anzeigen: Theodor Bloch, Berlin. Verlags- und Druckerei: Berlin S. 14. Berlin. Druck: Schmidt-Verlagsdruckerei und Verlagshaus Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Groß-Berlin

Vollspeisungszugaben.

Ueber die Berliner Vollspeisung wird immer wieder gesagt, daß man in den Speisen allerlei sehr unerwünschte Zugaben finden könne. Wir haben schon einige Male eine Auswahl der seltsamen Dinge veröffentlicht, die aus dem Essen herausgefischt worden waren. Heute wollen wir erneut darauf hinweisen, daß besonders die Klage der Sandbeimengungen nicht verstummen soll. Ein Parteigenosse, der lange zu den Gästen einer und derselben Küche gehörte, aber jetzt sein Essen aus einer anderen Küche erhält, berichtet uns über seine Erfahrungen. Leider ist er bei diesem Wechsel, von dem er sich eine Besserung versprochen hatte, aus dem Regen in die Traufe gekommen. Mit der neuen Küche hat er eine gründliche Enttäuschung erlebt: hier schmeckt ihm das Essen jetzt noch viel weniger. Wiederholt seien die Speisen, färbt er uns, geradezu ungenießbar gewesen. Das berühmte Pörrgemüse sei hier noch viel mehr mit Sand durchsetzt, und in der vergangenen Woche habe er deshalb kein Essen weggeschütten müssen. Diese Zugaben von Sand habe er aber nicht nur im Pörrgemüse gefunden, sondern auch in anderen Gerichten, z. B. in Grieß und Reis. Der Reichsverweiser erklärt das aus dem Kartoffelmehl, mit dem bei der Vollspeisung die meisten Gerichte gestreut werden. In Grieß und Reis habe er Klumpen von Kartoffelmehl gefunden, die sich stark mit Sand durchsetzt erwiesen. Er meint, daß dieses Kartoffelmehl den Mähdändern entnommen war, die bei dem Schälen und Wässern der Kartoffeln sich in den Vertiefungen niederschlagen. In den Mähdändern seien neben Kartoffelmehl wahrscheinlich auch Sandreste enthalten, die von den Kartoffeln herüber. Nun ist allerdings der Zufall von Kartoffelmehl so reichlich, daß er nicht nur auf diese Weise beschafft werden kann. Bei der Lebensmittelknappheit muß das Kartoffelmehl in großen Mengen zur Streckung aller möglichen Gerichte dienen, in denen es dann manchmal zum Hauptbestandteil wird. Daher wird auch noch viel Kartoffelmehl dazu gekauft, das gleichfalls in die Speisefessel wandert. Glaubhaft erscheint aber, daß die in Grieß und Reis gefundenen Sandbeimengungen tatsächlich auf das im Eigenbetrieb genommene Kartoffelmehl zurückzuführen sind. Der unzufriedene Volkshausgast wandte sich mit seinen Klagen an den Stadtrat Dossin als den Leiter des Berliner Vollspeisungswesens, der von sich sagt, daß er alle Beschwerden selber liest. Bis früher dem Stadtrat überdienten Klagen war ihm ein Wechsel ungenügend, diesmal aber hat der Reichsverweiser bisher vergeblich auf eine solche gewartet. Daß der Leiter des Vollspeisungswesens alle Beschwerden beantworten soll, ist vielleicht wirklich zuviel verlangt. Wahrscheinlich laufen bei ihm so viele Beschwerden ein, daß er schon genug zu tun hat, wenn er sie sämtlich nur lesen will.

Wie die Gaswerke selber — Gas „verschwenden“!

Die Notwendigkeit, mit dem Gas sparsam zu wirtschaften, wird der Bevölkerung immer wieder eingeschärft. Nicht mehr als neun Zehntel des Verbrauchs der einzelnen Vierteljahre von 1916 sind uns für dieselben Vierteljahre von 1918 erlaubt, abgesehen von dem unter Umständen zugelassenen Mindestverbrauch, und für jedes etwa zuviel verbrauchte Kubikmeter droht dem „Verschwender“ ein Strafgeißel von 50 Pf. Selbstverständlich gilt die Pflicht zur Gasersparnis auch — das heißt die Gasverordnung des Reichskommissars hervor — für öffentliche Gebäude, in denen Gas verbraucht wird. Und auch das kann nicht zweifelhaft sein, daß die Anwendung von Zwangsmitteln gegen zu hohen Verbrauch gegebenenfalls vor Behörden nicht halt machen darf. Glaubt man, daß bei Behörden eine Verschwendung von Gas überhaupt nicht vorkommen könnte?

Sogar die Gaswerke der Stadt Berlin, die für ihre Grundstücke und Gebäude von ihrem eigenen Gas verbrauchen, wollen sich des Frevels der „Gasverschwendung“ schuldig machen. In dem Voranschlag für das Verwaltungsjahr 1918 (1. April 1918 bis 31. März 1919) wird der eigene Verbrauch, den die Gaswerke in dem Jahr nötig zu haben glauben, auf 4.700.000 Kubikmeter geschätzt. Diese Zahl bleibt zurück hinter dem eigenen Verbrauch des Verwaltungsjahres 1916 (1. April 1916 bis 31. März 1917), der sich auf rund 4.750.000 Kubikmeter stellte. Wenn aber die Gaswerke in 1918 nur neun Zehntel des eigenen Verbrauchs von 1916 haben dürfen, so gehen sie mit ihrem Voranschlag sehr beträchtlich über die ihnen erlaubte Verbrauchsmenge hinaus. Neun Zehntel der im Verwaltungsjahr 1916 verbrauchten 4.750.000 Kubikmeter sind nur rund 4.280.000 Kubikmeter, um 417.000 weniger als die für das Verwaltungsjahr 1918 angelegten 4.700.000 Kubikmeter. Die Sparvorsicht der Gasverwaltung des Reichskommissars legt das Kalenderjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember zugrunde, während das Verwaltungsjahr immer vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Jahres reicht. Aber auch wenn für den Verbrauch der Gaswerke nicht die Verwaltungsjahre, sondern die Kalenderjahre mit einander verglichen würden, ergäben sich in 1918 bedeutend mehr als neun Zehntel des Verbrauchs von 1916. Die Gaswerksverwaltung wird ihre offen bekundete Absicht, die ihr erlaubte Verbrauchsmenge zu überschreiten, nicht damit begründen können, daß infolge von Betriebsveränderungen der Gasverbrauch ihrer Grundstücke und Gebäude zugenommen habe. Von neuemwerten Erweiterungen, die eine so bedeutende Verbrauchssteigerung rechtfertigen könnten, ist aus der letzten Zeit nichts bekannt geworden.

Sollen nun die Gaswerke, wenn es bei ihnen wirklich zu dem geplanten, gegen 1916 viel zu hohen Verbrauch kommt, gleichfalls in Strafe genommen werden? Sie wären da in einer sehr viel angenehmeren Lage als andere Gasverbraucher, die sich erlauben, zuviel Gas zu verbrauchen. Die Gaswerksverwaltung würde ja selber von sich die verwirkte Strafe einzahlen und schamlos ihr Geld wieder in die eigene Kasse tun! Wie arg auch bei ihr die „Verschwendung“ sei und wie hoch die Strafe ausfallen möge — ihr „kann keiner“, und sie hat niemals einen Schaden davon. Bedenklicher wird aber die Sache bei „Mähdänderlein“, denn da ist die Abperrung der Gaszufuhr angebrochen, zu der dann die Gaswerksverwaltung doch wohl verpflichtet auch gegen die eigenen Anstalten schreiten müßte. Ganz „unverbesserliche“ sollen sogar vor den Straßrichter geschleppt werden, der Geldstrafen bis zu 10.000 M. und Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr über sie verhängen kann. Müßen am Ende noch die Verantwortlichen der Gaswerke selber ins Ritzchen spazieren? —

Die Umlage des Verbandes Groß-Berlin für 1918,

die die einzelnen Gemeinden und Kreise aufzubringen haben, ist jetzt festgelegt worden und beträgt 831.885 M. Von ihr tragen die einzelnen Verbandsglieder folgende Teilbeträge: Berlin 210.658 M., Charlottenburg 40.672 M., Schöneberg 16.888 M., Neukölln 12.221 M., Wilmersdorf 15.810 M., Lichtenberg 7409 M., Spandau 6843 M., Köpenick 1222 M., Steglitz 4850 M., Lichterfelde 3984 M., Friedenau 8623 M., Panlow 2590 M., Weißensee 2358 M., Reinickendorf 2760 M., Kreis Teltow 32.868 M. und Kreis Rietzdorff 17.911 M.

Gehört Spandau zu Groß-Berlin?

Diese schon früher von einzelnen Berliner Gerichten in ablehnendem Sinne entschiedene Frage hat jetzt auch das Kammergericht in einer neueren Entscheidung verneint. In dem über eine Vormundschaftsfrage ergangenen Bescheid heißt es: Spandau ist nicht zu Groß-Berlin zu rechnen. Unter diesem Begriff sind nur die Nachbarorte von Berlin zu verstehen, die mit Berlin in

einem engen baulichen Zusammenhang stehen. Für Spandau trifft dies Merkmal nicht zu. Außerdem gehört Spandau weder zum gemeinschaftlichen Firmenbezirk, noch zum gemeinschaftlichen Schuldnerverzeichnis, noch endlich zum Bezirk der Testamentsauskunftsstelle bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte. Ebenfalls ist Spandau hinsichtlich der Dreibrüstfrage mit Berlin zu einem Nachbarortgebiet vereinigt.

Man sieht, das Kammergericht legt den Begriff „Groß-Berlin“ im engeren Sinne aus. Wir haben also ein kommunalpolitisches Groß-Berlin im weitesten Sinne und Umlage: das des Verbandes Groß-Berlin, ein verkehrsrechtliches, das sich mit dem Vorort- und Strahlenbahngesetz, ein landespolitisches, ein postales und ein gerichtliches Groß-Berlin, das aber mit seinen Amtsgerichtsbezirken, wie z. B. Berlin-Tempelhof, durchaus verschieden von dem juristischen „baulich zusammenhängenden Groß-Berlin“ des Kammergerichts ist.

Verteilung von Stärke an Wäschereien. Der Maßverteilungskette Groß-Berlin ist durch die Reichsgetreidekette eine beträchtliche Menge Stärke überlassen worden. Die Verteilung der Stärke erfolgt durch den Deutschen Wäschereiverband e. V., Vorstr. 1. und durch die Einkaufsgenossenschaft der Wäsch- und Plättanstaltsbesitzer, Vopstr. 7, an die Mitglieder dieser Vereinigungen, Gewerbebetriebe, die weder dem Verband noch der Genossenschaft angehören, müssen sich unbedingt an die „Genossenschaft“ wenden, die ihre Verteilung übernommen hat. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich gewerbliche Wäschereien und Plättereien, nicht Privatpersonen, Verächterfindungen und Kleinfabriken, auch nur dann, wenn der Bezirk der Maßverteilungskette Groß-Berlin, d. h. in einer der sechs Städte Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf liegt. Die Menge der zur Verfügung stehenden Stärke ist leider sehr beschränkt, so daß auf die einzelnen Betriebe nur ganz geringe Posten entfallen können.

Schiffpendelverkehr Berlin—Spandau. Zur Entlastung der Eisenbahn ist wegen der starken Lieferungen der Groß-Berliner Industrie für die Spandauer militärischen Anstalten von der Schiffabteilung beim Chef des Reichsbahnwesens ein Schiffpendelverkehr zwischen Groß-Berlin und Spandau eingerichtet worden. Mindestens alle zwei Tage soll ein Dampfer abgefertigt werden.

Einen guten Hong machte in der vergangenen Nacht eine Besatzung in der Rappenschtrasse. Als sie dort zwei Männer, die sich mit schweren Säeten beschäftigten, anhalten wollte, warfen die Verdächtigen ihre Last den Schulsteinen vor die Füße und entflohen. Es gelang jedoch, einen von ihnen, einen russisch-polnischen Arbeiter, namens Stanislaus Seuchen, einzufangen und festzunehmen. Er kann, wie die Mitteilungen bald ergaben, mit zwei Spielgefährten gerade von einem Einbruch in Heinersdorf. Die drei waren jetzt abends hinausgeführt und hatten einen Lehrer einen nächtlichen Besuch gemacht. Vom Kirchhof aus gelangten sie auf das Schulgrundstück, krochen auf einer Leiter durch das Giebelfenster, erbrachen auf dem Boden die verschlossene Tür zum Lehrerzimmer und erbeuteten daraus 6 Spediteien, 3 Schinken und 15 Schokolade. In einer Laube im Garten fanden sie eine graue Tischdecke, in die sie die kostbaren Lebensmittel zum Mitnehmen einwickelten. Unterdessen teilten sie sich die Beute. Einer der Einbrecher schlug dann einen anderen weg ein, während Seuchen und der eine Helfershelfer in der Rappenschtrasse gestellt wurden. Drei Spediteien und sechs Würste wurden durch die Verhaftung des Russen für den Lehrer noch gerettet. Der Heiligensammeln war mit einer scharf geladenen Revolverkugel bewaffnet, wurde aber von den Beamten so schnell überwältigt, daß er von ihr keinen Gebrauch mehr machen konnte. Seine beiden entkommenen Spielgefährten will Seuchen nicht kennen.

Charlottenburg, Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 26. Mai, bis Sonnabend, den 3. Juni, werden vertrieben: 1/2 Pfund Kammelfenchel, Kälberwurst (85 Pf.) oder Kammelfenchel (87 Pf.) oder 1/2 Pfund Parmaschinken (46 Pf.) wahlweise je nach Bedarf auf Wochenmarkt der Groß-Berliner Lebensmittelkette mit dem Hauptort Charlottenburg; ferner 100 Gramm Gewürz auf Wochenmarkt 26. — Vom Freitag, den 27. Mai, bis einschließlich Sonntag, den 2. Juni, wird auf die Groß-Berliner Lebensmittelkette für Jugendliche ausbezogen: auf die Hälfte des Mietscheines der Rente, die mit der laufenden Nummer versehen ist, 1/2 Liter (etwa 1/2 Liter) sterilisierte Vollmilch oder 1 Schicht sterilisierte Vollmilch oder Magermilch oder 100 Gramm Magermilch, je nach Bedarf. Die Preise sind folgende: Inlandsmilch: sterilisierte Vollmilch mit Zucker 1,25 M., Magermilch mit Zucker 1,10 M. für 1 Schicht. Auslandsmilch: sterilisierte Vollmilch 1,35 M. für 1 Schicht, 100 Gramm Magermilch 70 Pf. Die Entnahme kann in dem Lebensmittelwarengeschäft erfolgen, in dem der Haushalt des Jugendlichen in die Kundenliste für Grieß und Gruppen eingetragen ist.

Neukölln. Die städtische Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bemerkenswerte Mitteilungen über die Arbeit und die Erfolge der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte in Neukölln haben uns von städtischer Seite zu. Die Neuköllner Fürsorgestelle ist bis zum 31. Dezember 1917 von insgesamt 4450 Kriegsbeschädigten in Anspruch genommen worden. Von diesen schieden bisher 1181 durch Tod, Wegzug von Neukölln und infolge anderer Gründe aus der städtischen Fürsorge aus, so daß am Schluß des Jahres noch 3269 Kriegsbeschädigte der Fürsorge unterstanden. Dem Familienstand nach waren unterbetretet 1181 Kriegsbeschädigte, verheiratet ohne Kinder 845, verheiratet mit Kindern 1020. Bei den Verheirateten mit Kindern ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Dieser Umstand ist außer durch die vermehrten Einziehungen der älteren Jahrgänge zum Heeresdienst durch die inzwischen erfolgten Geburten in den während des Krieges geschlossenen Ehen zu erklären. Der Grad der Erwerbsbeschränkung betrug fast in der Hälfte aller Fälle nur bis zu 33 1/3 Prozent. Seit dem Bestehen der Fürsorgestelle wurde bei der Berufsberatung besonderer Wert darauf gelegt, daß die Kriegsbeschädigten möglichst wieder ihrem früheren Beruf oder einem ähnlichen Erwerbszweige zugeführt werden. Dem Zwecke des Berufswechsels dienen in vielen Fällen Schulunterricht oder eine andere Ausbildung. Die bisher, hatten die Kriegsbeschädigten auch im verflochtenen Jahre bei Wiederaufnahme eines Erwerbes im allgemeinen keine Schwierigkeiten zu überwinden. Die Vermittlung des Kriegsbeschädigten konnte sich daher meist auf sehr schwer Beschädigte, vor allem Amputierte, Lungen- und Herzkrankte beschränken. Von den Kriegsbeschädigten waren mehr als drei Viertel wieder in ihren früheren oder ähnlichen Berufen tätig. Seit Inkrafttreten des Gesetzes über die Kapitalabfindung zu Anstaltungszwecken sind in Neukölln bisher 31 Anträge auf Kapitalabfindung entgegengenommen worden, von denen das Kriegsministerium bisher 28 Anträge genehmigt hat. Das Bestreben der Neuköllner Fürsorgestelle ging dahin, andere für Fürsorgemaßnahmen in Betracht kommende Einrichtungen, wie die Heeresverwaltung und die Träger der Sozialversicherung, in zulässigem Umfang in Anspruch zu nehmen. Nach dieser Richtung hin wurden besonders bei notwendigen ärztlicher oder Anstaltsversorgung Schritte unternommen. Ferner wurden die Kriegsbeschädigten belehrt, Anträge an die zuständigen Militärbehörden auf Renten, Zusatzrenten und Heilversfahren durch Vermittlung der städtischen Rechtsanwaltsstelle zu stellen.

— Vermietung von städtischen Handwagen. Der Magistrat hat auf dem Grundstück der Hauptfeuerwache, Erstraße 22—23, eine Vermietungsstelle für Handwagen eingerichtet. Der Betrieb wird

am 28. Mai zunächst mit 13 zweirädrigen und 1 vierrädrigen Wagen eröffnet. Für die Vermietung wird eine mäßige Gebühr erhoben. Die Mieter haben als Sicherheit für die Rückgabe der Wagen eine Bürgschaft in Höhe von 10 und 20 Mark, die Haushaltungsliste und die Warenbezugsliste für alle Familienangehörige zu hinterlegen.

Steglitz. Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung eine Vorlage des Gemeindevorstandes, nach der vom 1. April ab die Steuerumlagen für untere Beamte von 640 auf 900 M., für mittlere Beamte von 720 auf 1080 M., für obere Beamte von 900 auf 1200 M. und für die oberen Beamten von 1000 auf 1300 M., der Kinderzuschlag von 10 auf 15 Proz. dieser Beträge erhöht werden. Die Zulagen der Ledigen wurden auf 70 Proz. der Grundbeträge, die Kriegsheilfisen und Kriegsteuerungszulagen der Pensionäre und Hinterbliebenen von Beamten und Lehrern auf 50 Proz. festgelegt. Für die Beitragspersonen an den Gemeindefiskalen werden die Unterschiedsbeträge zwischen den staatlichen und gemeindlichen Zulagen als außerordentliche Ankerleistungen gezahlt. Die Arbeiter glaubte der Gemeindevorstand mit einem Zuschlag von 10 Pf. für die Stunde abheben zu können, trotzdem sie schon bei der letzten Aufbesserung der Beamten leer ausgegangen waren. Den Vermählungen der Genossen Ahmann und Leimach gelang es schließlich, die Vertagung von der Notwendigkeit einer Erweiterung der Vorlage zu überzeugen. Es wurde beschlossen: Vom 1. April ab erhalten neben den laufenden Kriegsheilfisen die männlichen Arbeiter einen Kriegszuschlag von 45 (bisher 25) Pf. pro Arbeitsstunde, die weiblichen 40 (bisher 22 1/2) Pf. Außerdem werden Arbeiterstunden mit 25 Proz. Sonntags- und Nacharbeit mit 50 Proz. Zuschlag (bisher ohne jeden Zuschlag) bezahlt. Weiter wird der bisher nur den Männern gezahlte Kronenzuschlag von 1 M. pro Tag von jetzt ab auch den Frauen gewährt. Für die Fragen der Heberganowskische und die Einrichtung eines Hypothekenamtes für zweite Hypotheken wurden je ein Ausschuss eingesetzt, in denen die sozialdemokratische Fraktion durch Genossen Ahmann vertreten ist.

In der geheimen Sitzung erfolgte die Wahl der sämtlichen Verwaltungsausschüsse und schließlich wurde Herr Bürgermeister Vukow auf seinen Antrag unter bestimmten Bedingungen die Genehmigung zur Übernahme einer Aufsichtsratsstelle bei der Deutschen Gasgesellschaft erteilt.

Friedrichsfelde, Lebensmittel. In nächster Zeit gelangt Zwieback zur Verteilung. Davon sollen erhalten Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre je 1/2 Pfund gegen Abgabe der Anmeldebüchlein der neuen Vollmilcharten für Monat Juni. Die Kinder mit 1/2-Liter-Milcharten erhalten den Zwieback auf den Bezugschein, welcher der Milcharte beigegeben wird. Die Abgabe erfolgt durch die nachstehenden Bäckereien: Weiersdorf, Schloßstr. 10, Geibel, Luisenstr. 23, Meyer, Berliner Str. 2, Bertram, Porstbeckerstr. 25, Arbeit, Kaiser-Wilhelm-Str. 24, Schmalstieg, Treoslowalle 102, Schröder, Auguste-Viktoria-Str. 54, Ferner wird Apfelsmus verteilt. Es erhalten Kinder auf 1/2-Liter-Vollmilcharten (blau) je 1 Pfund Apfelsmus gegen Abgabe des an der neuen Milcharte für Monat Juni befindlichen Anmeldebüchleins. Das Apfelsmus ist in 1-Liter-Portmanteaus gefüllt und sind zur Empfangnahme einer Originaldose zwei Anmeldebüchlein von Milcharten abzugeben. Es rucht irup erhalten alle Kranken, welche im Besitze einer Vollmilcharte sind, ferner alle Kinder auf 1/2- und 1/4-Liter-Karten je 1/4 Pfund gegen Abgabe des Lebensmittelbuchs der letzt gültigen Vollmilcharte für Monat Mai. Die mit einem „K“ versehenen, für Kranke ausgestellten Milcharten von weniger als 1/4 Liter müssen außerdem gestempelt sein. Die Abgabe der beiden Nährmittel zu b und c erfolgt durch die nachstehenden Geschäfte für Friedrichsfelde: Krebald, Luisenstr. 5 (Zwischenstr. und Apfelsmus), Rind, Berliner Str. 47 (nur Apfelsmus), für Karlshorst: Saar, Auguste-Viktoria-Str. 21, Schöffel, Treoslowalle 86, Rämisch, Köhnstr. 10. — Der Preis für 1/2 Pf. Zwieback beträgt 80 Pf., für circa 1 Pf. Apfelsmus 1 M., und für 1/4 Pf. Fruchtsirup 1,68 M. — Gleichzeitlich weist der Gemeindevorstand noch besonders darauf hin, daß genügend Ware zur Verfügung steht, ein Ansehen und Drängen also vollständig unzulässig ist.

Lichterfelde. Das ist unsere Hausbesitzer wünschen. Uns wird geschrieben: Auch hier sind, einer beherrschenden Anordnung zufolge, die Hauswirte aufgefordert worden, die vorhandenen Keller- und Dachwohnungen sowie die Räume, die eventuell sich für solche umbauen lassen, anzumelden. Der Vorstand des hiesigen Haus- und Grundbesitzervereins hat nun dem Gemeindevorstand kurz und bündig mitteilen lassen, daß er es für seine Pflicht halte, seinen Mitgliedern abzuraten, Keller- und Dachwohnungen einzurichten. Die Herstellung von Dach- und Kellerwohnungen kann die Wohnungsnot, die fortwährend im Steigen ist, kaum mildern, und außerdem bestehen gegen diese Wohnräume schwere Bedenken in sozialer und hygienischer Beziehung. Aber das sind natürlich nicht die Gründe zur Opposition unserer hiesigen Hausbesitzer. Sehr ernste Überlegungen sind in diesen Kreisen selten anzutreffen. Sie haben durchblicken lassen, daß sie sich erweichen lassen und die gewünschten Wohnräume errichten wollen, wenn ihnen eine finanzielle Beihilfe zugesichert werden könnte. — Das ist also des Pudels Kern: Herstellung der Wohnungen auf Gemeindefiskal, unbeschränkte Verfügung und Festlegung der Mieten durch die Hauswirte. Mehr kann man im vorerwähnten Interesse doch kaum verlangen. Eine abgehaltene Versprechung des Gemeindevorstandes mit Mitgliedern der Haus- und Grundbesitzer-Vereinigung über diese Punkte war ergebnislos. — In deren Versammlung wurde auch ausgeführt, daß bei Wohnungen mit Zentralheizung die Miete mindestens um 35 Prozent gesteigert werden müßte. Daß bei allen übrigen die Mieteerhöhung kaum niedriger ausfallen wird, kann kaum zweifelhaft sein. Ganz treffend wurde diese Maßnahme damit begründet, daß die Hausbesitzer ja schließ-

Arbeiter und Angestellte

die auf Wahrung ihrer Berufsinteressen bedacht sind, können in Berlin kein anderes Blatt halten und empfehlen als den „Vorwärts“. Sagen Sie das Ihren Kollegen und Kolleginnen, die den „Vorwärts“ noch nicht halten und fordern Sie sie auf, den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zu senden.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
Straße?	_____
bestellt den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.	

Nach nichts weiter sein als Gewerbetreibende. Von sozialdemokratischer Seite wurde von jeder bei allen Wohnungsverhältnissen betont, daß das Vermieten von Wohnungen ein Geschäft ist, wie jedes andere auch. Aber das Risiko dieses Geschäftes müßten die Herren Hauswirte auf die Allgemeinheit abwälzen und darüber hinaus die ihnen unangenehme Aufgabe der Sozialpolitik politischen Vorrechte nicht nur behalten, sondern sie noch erweitern.

Tagegen müssen alle übrigen Kreise ihre ganze Kraft darauf legen, diese geradezu widerwärtigen Privilegien zu Fall zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

1. Die Unternehmung müßte können für die kurze Zeit, namentlich bei dem angegebenen niedrigeren Verdienst weiter gezahlt werden. 2. Ja. — H. B. 70. 1. Ja. 2. Sie sollen dem Kunden gegenüber. — S. B. 100. Wenn er nicht Handlungsschritte ist, hat er keinen Anspruch auf Lohn während der Krankheit. — **Erklärer-Schlichter.** Es besteht darauf kein Anspruch. — G. 72. 22. 1. Das müßten wir nicht erlauben. Sie sind beim Grundbuchamt. 2. Wenn der Lehensnehmer nicht fest angelegt war, besteht kein Anspruch auf Pension. — H. G. 26. Die Polizei ist beauftragt zum Einbrechen, sie kann den Festung derjenigen Person, die nicht Mieter ist, veranlassen. — S. Z. 20 284. Sie müssen Ihren Leiden dem Militärarzt vorbringen und die Zurückweisung aus dem Dienst verlangen. — H. G. 1915. Abfindung wird nur bei Renten bis zu 20 Prozent gewährt, in diesem Falle also nicht. Wenn militärische Verfügung des Behaltens entfällt, kann eine Pensionierung nochmals erfolgen. — **Schönhafer's Briefe.** Kein Anstand. Die Bestimmungen über ein testamentarisches Testament sind noch die gleichen. Der Obermann kann eine solche Verfügung im Testament treffen. Der Schuldner ist verpflichtet. — H. B. 3a.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Mittwoche mittig. Gleich heiter, aber veränderlich, ohne erhebliche Niederschläge, am Tage mäßig warm, in der Nacht zu Mittwoch, wieder eiskalt.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Süddeutschen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 5. Klasse 16. Ziehungstag 27. Mai 1918

(Eine Gewähr u. d. L. f. S.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 187297
2 Gewinne zu 10 000 Mk. 38460
2 Gewinne zu 5000 Mk. 87068
90 Gewinne zu 3000 Mk. 1316 2708 7886 7927 9241
21775 27349 31787 41811 48056 61651 66889 68051 69888
60096 63972 65443 67202 68034 70353 71548 72142 75288
75708 83482 92236 94602 114350 120394 120864 122463
123499 128444 131405 143737 143981 151944 157703 160709
174594 194133 207622 211066 216879 218699

142 Gewinne zu 1000 Mk. 6496 11834 14692 17849 18967
19973 28201 26674 29950 30387 34674 42825 43882 44757
45154 46774 48140 49170 50667 52829 64672 65387 69407
70810 72238 75038 77068 79625 82019 86681 91266 92452
93322 99287 104145 112495 117602 123673 127652 136350
138693 141314 152016 154950 162594 163385 164998 165098
165506 172244 174500 176325 176951 178427 179273 180246
184219 186455 187438 187637 188757 193290 193793 197892
200821 217114 217173 218510 219165 222259 229571

194 Gewinne zu 500 Mk. 4648 5028 5096 5688 8518
11046 17635 23838 24878 26274 28117 28967 29743 32915
35781 39871 41067 47036 49562 49646 52513 53370 53526
54587 56303 56860 57694 58198 60885 61451 61517 68824
69056 70599 72179 78789 85232 87064 88440 89207 90461
95975 98408 98549 99708 109283 115320 115426 116259
120286 124572 132824 134719 139632 142248 144619 146042
165077 166079 158113 158998 159337 159398 161901 166883
167540 172181 173181 174864 175268 176045 177220 180259

181119 181550 181991 187483 199192 200878 200909 202445
207840 213143 213163 215253 220727 222408 223101 223279
226453 228126 229077 229579 230296 230863 233217

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 15 000 Mk. 68714
8 Gewinne zu 10 000 Mk. 2481 22817 120843 219539
2 Gewinne zu 5000 Mk. 204850
74 Gewinne zu 3000 Mk. 13949 17791 23647 28568
29510 36945 42914 44425 45017 47287 61889 68295 70911
66406 86519 87427 89649 92427 100059 113214 116009
125169 130600 145636 154049 186268 189364 192822 199159
202512 204169 206945 207453 209691 219925 223578 229441
128 Gewinne zu 1000 Mk. 6752 9076 13801 15900 24173
25182 26539 27277 28278 28955 37233 37881 43624 64171
67841 68171 68687 69284 69881 62451 65003 70914 72958
75419 76843 83915 87638 89916 93308 95794 95992 99286
104658 110796 112517 113257 113952 117470 120649 125372
133096 141414 149732 146034 145554 159817 162005 167615
171695 174585 184436 188914 196018 200471 208825 207658
210409 210743 212506 215564 217294 218073 222953 233578
220 Gewinne zu 500 Mk. 665 2108 6036 7802 8997
15083 18743 18819 21335 21502 23007 26934 26951 29325
35083 37149 37630 39865 41878 43904 45295 46848 48419
49265 54280 56182 58220 66349 66532 67662 68199 69124
61618 61757 61977 63788 63664 72007 73394 75565 75801
79136 79150 81406 83027 90245 93270 96638 99530 100515
110859 111599 112203 112820 113461 122204 122803 124927
124944 125225 131967 138063 134511 136176 137341 149694
151791 150406 159253 160473 167896 161498 164693 164764
168549 176999 173576 176507 176924 177412 180244 181758
184108 185704 187388 189305 189436 193369 193696 195659
196709 200876 200877 201119 201699 202225 204432 210709
210963 211071 212658 218071 216766 222004 223809 227549
227719 231608 232418 232922

Direktion Max Reinhardt, Deutsches Theater, 7 1/2 Uhr: Tobias Dantschak, Kammerstücke, 5 Uhr: Samaran, Volksbühne Theater am Schlossplatz, Untergrund, Schönb. Tor, 7 1/2 Uhr: Nathan der Weise.

Theater des Westens, Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.

Theater Königgrätzerstr., 7 1/2 Uhr: Die Schwestern und der Fremde.

Komödienhaus, 7 1/2 Uhr: Die Zarin.

Berliner Theater, 7 1/2 Uhr: Blauzules Blut.

National-Theater, Cöpenicker Str. 68, Tägl. 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Mischler, Kollert, Kollert, Kollert!

Mäuschen, Musik: Walter Bromme.

Theater der Friedrichstadt, Ecke Friedrich- u. Lindenstr., Nord. 8630, Tägl. 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Familie Hannemann, Hans Junkermann, v. Möllendorff, Alfons Tornig, Richard Georg.

Theater für Dienstag, 28. Mai.

Central-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.

Deutsches Opernhaus, 7 Uhr: Die toten Augen.

Friedrich-Wilhelmst. Theater, 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Kleines Theater, 7 1/2 Uhr: Nante.

Komische Oper, 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater, 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Neues Operettenhaus, 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Nidelis v. Lindenhof.

Residenz-Theater, 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O, 7 1/2 Uhr: Kabale und Liebe.

Schiller-Th. Charl., 7 1/2 Uhr: Das Gnadenbrot, Z. 1. M. Die Dienstheter.

Thalia-Theater, 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde.

Theater am Nollendorfplatz, 7 Uhr: *Veni velle* *Das große*

Wintergarten, Gastspiel der Komischen Oper, Ab 1. Juni täglich 8 Uhr: Ohne Männer kein Vergnügen.

Trianon-Theater, Spt. Friedrichstr. Ztr. 4027, 2391, 1/8 Zum 208. Male: Der Lebensschüler, Wüst, Kaiser-Titz, Bildt, Flink.

Berliner Prater-Theater, Rastrientaler 7-9, Täglich im Wolkentaximeter, 4 1/2, 11. Große Tassen-Revue in 6 Bildern, Dazu die großartige Spezialitäten.

Reichshallen-Theater, Allabendlich 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Stettiner Sänger, Reichshallen-Saal 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Großes Blüthen-Konzert.

Schweizergarten, Am Königstor, Am Friedrichshain 29-32, Größter und schönster Naturgarten Berlins, über 6000 Bäume, Saal für 1000 Personen, Täglich: Konzert, Theater, Spezialitätenvorstellung, Anfangs Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Admiralspalast, Die Prinzessin von Tragant, Sajdah, Deutsche Tänze, 7 1/2, 8, 9, 4, 5, 6 M.

Blumen- und Krautbinderie, von Robert Meyer, Unt. P. Gollitz, Mariannonstr. 3, Tel. Mpl. 10 303

Jeder Band 1,50 Mark

Das Land der Zukunft, Verheiratetes Volk, Der Pariser Garten, Mutter, Der Morgen graut, Die Marienliederin, Kriegsjahren, Kriegserkennung, Verzeihen im Kriege, Als Vorkämpfer nach Schwamerika

Jeder Band 2,- Mark

Der Ausweg, In den Tod getrieben, 1660 Mark Schatzung, Die Götterwelt, Vom Walfenhaus zur Fabrik, Ervedel, Der Gotteslästerer, Der Verbrechergeheimnis I.

Buchhandlung Freie Presse, Elberfeld, Roberstr. 8

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin, Nachrufe, Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter Paul Volkmann, Suttentuf 14, am 19. d. Mts. gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Hermann Randhau, Raupachstr. 1, am 18. d. Mts. gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Innbildhauer Bernhard Bulin, Seidenstr. am 21. d. Mts. gestorben ist. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bäcker Wilhelm Löffler, Reingenstr. 106, am 23. d. Mts. gestorben ist. Ehre ihrem Andenken! 11/21 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung, Groß-Berlin, Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Quaddiener Fritz Koos, am 24. Mai im Alter von 51 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Jakobikirchhofes in Reußstr., Berliner Straße 2-6, aus statt.

Nachruf, Ferner starb unser Kollege, der Bahnarbeiter Peter Kaiser, am 16. Mai im Alter von 52 Jahren. 61/10 Ehre ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Ausführung, Für die vielen Bemühen herzlichster Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Frau unter guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, lagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 23556 Franz Schultz nebst Angehörigen, Köntgenstr. 2, Siemensstr. 268/7

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steaglit, Bekanntmachung, Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherer im Ausschuss werden hiermit zu dem am Dienstag, den 4. Juni 1918, abends 7 Uhr, im Vereinshaus „Hohenzollern“, Mittelstr. 2 hier, stattfindenden 268/7

Ausführung, Tagesordnung: 1. Erstattung des Jahresberichts für 1917. 2. Abnahme der Rechnung des Jahres 1917. 3. Bericht über Vermögenssituation. 4. Antrag auf Entschädigung der Teilnehmer an der Ausschussführung. 5. Bericht des Ausschusses. Berlin-Steaglit, 25. Mai 1918. Der Vorstand, G. Sigalko, Vorsitzender.

Sie verdienen viel Geld, durch Vert. m. l. ganzb. reichend. Edelstein-Glühbirnen, auch als Nebenberuf, in jedem geeig. Muster 1 R. Einj. ob. Nachn. F. Petermann, Berlin - Zehlendorf, Quabelstraße.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lager, resp. nach Maß anfertigen, sowie Bruchbandagen aller Art, Artikel: Gesundheits- und Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N., Lotharinger Str. 80. * Lieferant für Krankenkassen.

Kluge Handwerker, bereiten sich vor für den neuen gewerblichen Aufschwung, erhöhen jetzt ihre Kenntnisse und Fertigkeiten und sichern sich damit eine gute Existenz oder glänzende Stellung. Verlangen Sie von mir sofort umsonst einen illustrierten Katalog über anerkannt gute, erprobte und lehrreiche Fachbücher, die Sie in Ihrem Beruf fördern und vorwärtsbringen. Für jedes Handwerk. An Militär nur gegen Einsendung von 25 Pf. für Porto, da Versand als Feldpost nicht zulässig. Beruf genau angeben. Carl Herm. Ludwig, Breslau 23.147.

Am Donnerstag, den 23. Mai, verstarb unser langjähriges Mitglied Berta Krause. Die Einäscherung findet am Dienstag, den 28. Mai, nachmittags 11 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerdtstr. 57/58, statt. 1300/8 Wie die über die Erde!

Für die große Anteilnahme und gütlichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters hiermit allen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich auch auf diesem Wege Herrn Meißner Kranz sowie Kollegen und Kolleginnen der Firma Anordrörmel H. G. Witwe Anna Havemann und Kinder. 1908/2

Der „Hias“ ein feldgraues Spiel, Täglich 7 1/2 Uhr abends, Morgen Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr: Familien- u. Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen, Palast-Theater am Zoo

Concordia - Lichtspiele, Andreasstraße 64, Vom 28. bis 30. Mai: Lotte Neumann in der ergreifenden Tragödie Die Rache des Avenarius. Dazu das große Filmschauspiel Sieht und Finsternis und das entzückende Lustspiel Das Luxusbad.

Busch, Täglich 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Das große Circus-Programm und zum Schluss: Frühlingsspiele mit den lustigen Wasser-Szenen.

Walhalla-Theater, 7 1/2 Uhr: Donaukinder. Rose-Theater, 7 1/2 Uhr: Bachstelchen. (Gartenbühne 7 Uhr: Gr. Revue.)

Wintergarten, Letzte Woche! Paul Göbel der Urkomische Chester Dieck Exotischer Radfahrakt sowie der große Mai-Spielplan! Schluss der Spielzeit 31. Mai.

Heber 25 Jahre einzig bewährt! Reichels Spezialmittel in unveränderter enormer Stärke wirken mit vernichtender Kraft. Wanzen-Fluid „Radikal“ Flasche M. 1,25, 2,25, 3,75 u. 5,50. Schwaben-Puder „Mertal“ Pack M. 1,-, 2,-, 4,-, Pfund M. 3,-. Motten-Pulver unvergänglich Pack 99 Pf., M. 1,75, 3,50, Pfund M. 7,-. Durchgreifende Wirkung Jede Brut abtötend. Anerkennungen aus aller Welt. Man nehme in Drogenen nur echte Reichel-Original-Packungen Marke Tod und Teufel und melde Ersatzmittel.

Apollo, 7 1/2, Theater 7 1/2, Friedrichstr. 218, Nur noch 4 Tage! Paul Beckers Deutschlands bester Komiker sowie 12 orke Varietè-Attraktionen Sonntag 3 1/2, Uhr jeder Erwachsene, 1 Kind frei!

Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4, Fernsprech- u. Telephon: Moritzplatz 4751, 4752, 4753, Lieferant L. Armo u. Marine, Königl. u. städt. Behörden. Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke

Casino-Theater, Lotharinger Str. 87, Tägl. 7 1/2, 8 1/2 Uhr: Heute die illustrierte Sonntag am nächsten Sonntag die Berliner Lokalpost Hamsterfritze. Nur wenige Aufführungen. Vorher exist. Spezialitäten.

H. Pfau, Bandagist, Berlin, Direksenstr. 20, amisch, Deutscher Alexanderplatz u. Gollertstr. — Amt Kat. 3309, Für Damen Frauen-Bedienung. Hierfür alle Krantentän.

Oskar Wollburg, Trauer-Magazin gegründet 1896, Brunnenstr. 56/57. Große Auswahl in schwarzer Konfektion. Auf Wunsch Warenlieferung in 8 Stunden. Remissionen sofort und gratis. Ausnahmefähig. Beziehbildig. Fernsp. Amt Norden 8540.

Cigaretten, 1000 IE 85-88 M., 1000 IF 115-120. Versand durch Nachnahme oder Vorbareinsendung. Einzelverkauf von 100 Stück an. Verkauf nur an Verbraucher u. Restaurateure. Fredy Cigaretten-Vertrieb Norden, Berlin N 54, Brunnenstraße 17. Fernruf Norden 2343. Geöffnet ununterbrochen von 9-7 Uhr.

Zahngebisse, Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe, Gebisse kauft Fran Wagner, Raststr. 18 I (Alexanderplatz).

Türkische Typen.

Der Bauer.

Was man so die schwüle Atmosphäre des Orients nennt, das existiert in der Türkei heute nicht mehr. Die romantische Märchenwelt, das mystische Räuschen der orientalischen Ritterzeit, die Zeit der Machtthaten gewaltiger Dero-Beys leben nur noch in Gesängen und Erzählungen fort.

Die türkischen Dörfer haben meist ein recht nüchternes Aussehen. Und in ihrem Bilde findet der Lebensinhalt ihrer Bewohner seinen Ausdruck.

Das Bauernvolk ist an sich ein von Natur aus konservativer Schlag. Der orientalische Bauer schleppt aber zäher als jeder europäische das jeden höheren Flug behindernde Gewicht der Tradition mit sich.

Die türkischen Dörfer entbehren der Schönheit. Das praktische Bedürfnis einer festen Behausung wird mit den billigsten Mitteln und nur mit dem rohen Ziele, ein Dach über dem Kopfe zu haben, befriedigt.

Dort wohnen die Bauern. Ein Bauerneubau ist ein europäisches Einmaleben. Die niedrigen einstöckigen, aus Lehm gebauten und mit Lehm bedeckten Wände umfassen nichts von Bedeutung.

Die Kleider der Bauern sind durchwegs in leuchtenden Farben zusammengefaßt. Und wenn man so eine ganze Dorfbewohnerschaft auf einen Haufen versammeln würde, so könnte man das schönste Teppichmuster aus ihnen bilden.

An der Spitze des Dorfes steht, als das der Regierung verantwortliche Oberhaupt, der Mufti, dem auch die Repräsentationspflichten obliegen. Dazu gehört vor allem der Unterhalt der öffentlichen Herberge, des „Han“, die jedem durchreisenden Fremden unentgeltlich zur Verfügung steht.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring. Während Lappnisse zum Doktor eilte, wischte Schwester Jda das Blut von den Schrammen. Das kalte Wasser brachte ihn für eine Weile zur Besinnung.

Er sah sie immerzu an. Etwas so Schönes hatte er noch nie gesehen. Er dachte, er sei in den Himmel gekommen und sie sei ein Engel. Seine Augen füllten sich mit Tränen.

Da erst sah Schwester Jda ihn an. Sie strich ihm übers Haar.

Er bewegte die Lippen, als wolle er antworten, aber er brachte kein Wort heraus. Sein Blick war jedoch nicht mißzudeuten. Er war beredt genug.

„Wollen Sie etwas zu trinken haben?“ fragte sie. Sie legte ihm den Arm unter den Kopf und hob ihn sanft in die Höhe, während sie ihm ein Glas Wasser an die Lippen hielt.

Als der Doktor kam, lag Sköld in seiner Fieberwelt und merkte nicht einmal, daß der Doktor den Arm schiente. Sköld phantasierte ununterbrochen bis Mitternacht. Da kam eine gewaltige Krise. Er bekam Schweißausbrüche und schlief hinterher ganz ruhig.

Schwester Jda ging ans Fenster und machte es auf. Hansson und die Arbeiter sahen noch auf denselben Platz. Sie saßen und lebten sich schläfrig und still aneinander. Einer von ihnen lag mit dem Gesicht auf der Erde und schlief.

Hansson, der seiner Bude wegen nicht schlafen konnte, stand auf und kam auf das Haus zu.

„Sie können nach Hause gehen,“ sagte sie. „Es hat keinen Zweck, länger hier zu sitzen.“

„Ist es aus?“ flüsterte Hansson.

Die generöse Gastlichkeit verleiht mit manchem Zuge, den unsere europäischen Augen nicht ohne kritische Beringelung wahrnehmen. Sie ist ein leuchtendes Blatt in den Betrachtungen über die türkische Landbevölkerung, ein Licht, dessen Kraft manches andere Dunkel überstrahlt und zur Nachtzeit reizt.

Primitiv — und einfach wie sein Charakter ist alles, was der Bauer tut. Nichts — weder Schule, noch Belehrung, noch tätige Anregung hat seinem Innern zu jener festen Basis verholfen, auf der allem Höheren gegründet werden kann. Er zehrt noch von der Tradition der Erväter, und die fatalistisch gewordene Religion Mohammeds bildet die erzene, Lust und Licht abschließende Kapelle, in der diese Ueberlieferungen treulich auf die Nachkommen weitervererbt werden.

Was den Arbeitsgeräten an Leistungsfähigkeit abgeht, fügt der Bauer ihnen unverbrossen an eigener Zeit und Kraft hinzu. Die menschliche Arbeitskraft ist etwas Unerschöpfliches, Kasüliches, Erprobtes. Sie sieht nicht im Verdachte der Neuerung. Und die Zeit kostet ihm erst recht nichts. Dazu braucht er also schneller zum Ziele führende Neheiten? Ein altes türkisches Sprichwort sagt: „Adschelo schojdandan gelir!“ Die Eile kommt vom Teufel!

Bei aller Langsamkeit dieser Bewegungen, die schließlich durch das Klima eine Entschärfung finden mag, ist er kein schlechter Arbeiter. Er ist arbeitsam, stetig und von einer göttlichen Geduld. Aus seiner Arbeit stammt alle Kraft des Staates und der Wohlstand zahlreicher Kreise. Und was unter seinem heißen südlichen Himmel an Frucht gedeiht, weih seine arbeitsame Hand zu loben.

Die Kräh. Eine Kräh taumelt mit ihrem Schwung über melnen Weg. „Viest,“ denke ich, „elende Kreatur! Erdärmliches Vieh!“ So oder ähnlich denkt ja ein jeder, der eine Kräh sieht. Eine stille Verwünschung schide ich dem schwarzen Krähler nach, der mir am dunkelsten Vormorgen des Maitages sein graues Schattennetz über die Sinne ziehen will.

Ein Flügelad: das Tier wiegt sich sanft federnd in schmelzender Kurve.

Ein Flügelab: es steigt um eines Herzschlags Höhe.

Ein Flügelab: der Kether läßt es wie in einer weit hin-schwingenden Schaulust erdwärts streichen.

Ein Flügelwippen: die schwarze Brust heult sich noch einmal in schwacher Reizung der schon verlassenen Höhe. Aber die Erde lockt zu stark.

Und nun stehen die Flügel wie zwei schwarze Beagweller in unbeherrschter Geradsicht gen Osten und gen Westen, gen Norden und gen Süden: in tellerförmigen Spiralen, mit der unüber-trefflichen Eleganz eines sein Können genießernden Sklittschuh-läufers, federt das schwarze Tier in geschnittener Kontur zur Erde nieder.

Ich aber ging dahin, aufgefrosten Sinnes: „Du Vieh!“

„Nein, er schläft,“ antwortete sie und machte das Fenster zu.

Hansson weckte die Kameraden und teilte ihnen die Nachricht mit. Sie standen auf und schüttelten sich.

„Ist es wahr, Hansson, daß sie ganz schwarz werden, wenn sie sterben?“ fragte der, der auf dem Boden gelegen hatte.

„Teufel auch, wie soll ich das wissen? Kommt jetzt, wir wollen gehen.“

Hansson war froh, daß er so schroff geantwortet hatte, sonst hätte er angefangen zu flennen! Und das fehlte nur noch! Er hätte sich ja schämen müssen! Man muß doch ein Mann sein.

Sie vermieden es auf dem Heimwege, einander anzusehen. Das war Aug, sonst hätten sie sich voreinander geschämt.

Hansson, der hinterher ging, meinte die Berge noch nie so unheimlich gesehen zu haben. Von den Schneegipfeln rann Blut und böse Nebel hingen im Norden. Oben an der Bahn leuchtete der neugezogene Telegraphendraht wie ein unendliches, blankes, schmales Band, und Hansson fragte sich, ob diese Bahn noch nicht bald genug gestoppt habe.

Er blickte zu den Höhen hinauf, als wollte er sie um ihre Ansicht befragen. Die Berge gaben keine Antwort. Was ging es die übrigen auch an, was das Gewirrm da unten trieb? Es würde alles ja doch einmal Eis und Schnee werden.

Hansson drohte ihnen mit der Faust.

Vierzehntes Kapitel.

Die Bahn war seit mehreren Wochen für den Güterverkehr provisorisch eröffnet.

Die Erzüge arbeiteten sich mit zwei Maschinen durch den Schneesturm, und auf diesem Zuge war auch Hjort. Schon auf der Ausgangsstation hatte er auf der ersten Lokomotive Platz genommen. Es war etwas nach zehn Uhr vormittags, aber dunkel war es draußen wie in einem Saal.

Der Heizer schaufelte wie ein Rasender Kohlen ins Feuer, um die Dampfkraft auf der Höhe zu halten, und der siedende, rote Schlund verschlang Kohlen wie ein Feuerschlucker. Hjort spürte, wie die ganzen Wagen der Frostbeulen wegen auf recht unangenehme Art schaukelten,

du Regenwurm der Galgenhängel! Wie unendlich schön kannst du durch die Lüste tanzen, Totenvogel und Schönheitslinder zugleich.“

Die Badpfeife aus dem Jenseits.

In einem Anlauf, den George de la Fondardière im „Deubre“ der vor einigen Tagen verstorbenen, in allen Akademien und bei allen Höfen sehr bekannten italienischen Spiritistin Eulapia Paladino widmet, wird ein biblisches Vorkommnis erwähnt, das geeignet ist, die der vierten Dimension Unkundigen über die Geheimnisse der Geistesbeschwörung ein wenig aufzuklären. Eulapia Paladino zeichnete sich nicht nur durch die Geschicklichkeit aus, mit der sie sich in Szene zu setzen wußte, sondern ihre Eigenheit bestand in Besonderem darin, daß die von ihr gerufenen Geister stets eine musterhafte Höflichkeit an den Tag legten und so stillvoll auftraten, daß niemand an ihnen zu zweifeln wagte. So hatte Eulapia Paladino Jahre hindurch die Freude, die Fürsten der Politik und der Wissenschaft in anmutigster Weise und mit viel klingendem Ergebnis zum Besien zu halten. Einmal wohnte ich aber einer Sitzung bei, in deren Verlauf das Unwahrscheinliche passierte, daß nämlich die gute Eulapia selbst an das Eingreifen eines edlen Geistes glaubte. Die Sache ereignete sich vor ungefähr 20 Jahren in einem Pariser Salon. Unter den Anwesenden befanden sich ein berühmter Chirurg, ein nicht minder berühmter Schauspieler und mehrere Professoren verschiedener Fakultäten, alle sehr anständige und wohlgezogene Leute. Aber außerdem war da noch ein bieder Herr mit einem Orden, der sich wie ein Kiesel benahm. Es gibt in verschiedenen Lebenslagen verschiedene Höflichkeitsformen, an die man sich halten muß: in einer Synagoge muß man den Hut aufbehalten, in der Kirche muß man ihn abnehmen; bevor man eine Weisheit betritt, muß man die Schuhe ablegen. Bei den Spiritisten muß man ehrlichen Glauben und festes Vertrauen an den Tag legen. Der dicke, lärmende, ordungselnische Herr aber zeigte unhöfliche Weise das größte Mißtrauen. Er verlangte, daß Eulapia an ihrem Stuhl festgebunden würde, und dann forderte er die Geister höhnisch heraus, ihm in der Dunkelheit eine Badpfeife zu geben. Man löschte das Licht, Eulapia begann die Beschwörung. Und da — erhielt der dicke Herr die erwünschte Badpfeife, und zwar ein so schallendes Exemplar, daß er von da ab fest an die Geisterwelt glaubte. Ich allein wußte aus guten Gründen ganz genau, wie diese Badpfeife aus der vierten Dimension zustande gekommen war. Aber Eulapia wußte es nicht, und darum glaubte sie ein einziges Mal in ihrem Leben wenigstens eine Sekunde lang an einen wirklichen Geist. Und sie brach sofort die Sitzung ab, denn schließlich wollte sie sich nicht in die Gefahr begeben, selbst mit Geistern in so „innige Verührung“ zu kommen.“

Notizen.

Sommertheater. Im Deutschen Theater eröffnet Direktor Stabel am Sonnabend seine Spielzeit mit dem Schwan „Familie Schmetz“ (Max Falkenberg als Jaidahl).

Der Organifator der Berliner Fortbildungsschulen, Theodor Dietz, ist im 82. Lebensjahre gestorben.

Vom Generalissimus zum Gemeinen. Nach Helsingfors Tageszeitungen verhandelte das Rote Kriegsgericht in Wiborg über eine gegen den früheren Oberbefehlshaber der Roten Garde Paapalainen angestrebte Klage. Der Beklagte wurde wegen Säufererei, unpassenden Benehmens auf öffentlichen Plätzen und unvorsichtiger Handhabung geladener Schießwaffen dazu verurteilt, zugunsten der Garde einen fünfundsanzigstägigen Sold zu entrichten; er wird ferner zum gemeinen Frontsoldaten degradiert und durch Kommando des Distriktsbefehlshabers an die Front geschickt.

Die Würde des Hetmans läßt sich vergleichen mit der germanischen Herzogswürde in der Völkerwanderungszeit. Die raubenden und plündernden Kosaken, die seit dem 16. Jahrhundert in den sibirischen Steppen am Dnjepr und Don Grenzschutz hielten gegen die Tataren, bildeten eine Art von freien Genossenschaften, deren Hauptzweck der Militärdienst war. Zum Führer wählten sie aus ihrer Mitte den Ataman (polnisch: Hetman), der nur ein Jahr sein Amt bekleiden durfte und seinen Genossen verantwortlich war. Der letzte große Hetman war Iwan Ruzewicz: im Kriege zwischen Schweden und Rußland erariff er heimlich die Partei Karls XII. In die Niederlage Karls XII. wurde aber auch er mit verwickelt. Peter der Große zerstörte die Sonderstellung der Kosaken und schaffte die Hetmanwürde ab.

und das Kreischen der Achsen, wenn der Schnee sie hochhob, klang auch nicht sehr ermunternd; zuweilen merkte er auch, daß das Rad sich auf der Stelle herumdrehte.

Hjort sah hauptsächlich den Rücken des Lokomotivführers, der vollauf mit der Regulierung des Dampfdruckes zu tun hatte. Es hatte keinen Zweck, ein Gespräch zu versuchen. Der Sturm tutete in allen möglichen Tonarten durch die Lokomotive, bald groß und mächtig wie die Waghäuten einer Domorgel, bald schrill und gell wie eine Pikkolostüte im Falsett; manchmal klang es wie das Dröhnen von einstürzenden Häusern und manchmal wie das Krachen sinkender Schiffe mit dem tausendfachen Hilfeschrei Ertrinkender. Schöpfte der Sturm einen Augenblick Atem, so kam er nur um so gewaltiger zurück. Er stürzte sich auf den ganzen Zug, als würde er ihn am liebsten überhaupt um. Der Führer mochte ein Ruden der Maschine bemerkt haben, denn er drehte sich für einen Augenblick zu Hjort um.

„Es wird wohl zur Hölle gehen!“ schrie er Hjort in die Ohren.

Er stammte nämlich aus dem sanften Schönen und kannte die Schreckenisse der Wildnis nicht. Er sah den Ausbruch in Hjorts Gesicht nicht, weil der Schnee um sie sprühte, aber er hatte das Gefühl, daß Hjort lachte. Dies war ein Wetter für ihn, den Unbesiegbaren, von dem alle da oben sprachen, diesen Mann, der um jeden Preis ans Ziel wollte.

Hjort konnte wirklich nicht umhin, vor sich hinzulächeln. Es gab keinen Sturm in der Welt, der diese Maschine unterwerfen konnte. Wenn sie nicht wegen der Frostbeulen ein-gleislen, so würde der Zug schon auf den Schienen bleiben. Das einzige Unangenehme war, daß man ohne Signale fahren mußte, die Streckenwärter waren wie fortgelassen. Kein einziges Licht, keine Laterne war zu sehen gewesen, seit der Zug die Ausgangsstation verlassen hatte. Die Bahnwärter lagen natürlich in den Schritten und schliefen und ver-steffen sich darauf, daß der Zug schon lange in den Schnee-wehen stecken geblieben und der Verkehr eingestellt war.

Hjort beugte sich zu dem Lokomotivführer vor. „Wo sind wir?“ rief er.

„Weiß nicht“, schrie der andere zurück.

„Haben wir den Durchstieg passiert?“

„Nein.“

(Fortf. folgt.)

